

Der **Clu**nier



- Zeitzeugin Elfriede Blaickner
- Clunias James Bond:
Dr. Oswald Peterlunger
- Interview mit der
Bundesschulsprecherin



„Und jetzt, Raab, jetzt noch d'Reblaus,
dann san s' waach.“ – Karikatur aus dem Simplicissimus, 1955

Wohin steuert Österreichs Demokratie?
Von der Reblaus zur Schildlaus

IN halt

Clunia

Senior: Keine Nachwuchssorgen	4
Fuchsenummel	4
Philisterbrief	5

Verband

Neuer Philistersenior bei der KVM Sonnenberg	5
Kustersberg: Lobesworte zu einer Bandverleihung	6
Der zufriedene Landessenior	8
Seminar: Rechtsextremismus	8

Thema: 50 Jahre Zweite Republik

"Jetzt ist der Krieg vorbei!"

<i>Erzählungen von Elfriede Blaickner</i>	12
---	----

50 Jahre danach - Das Wall-Street-Journal berichtet	14
---	----

Bleiben Föderalismus und direkte Demokratie

Stiefkinder unserer Verfassung? <i>von Jürgen Weiss</i>	15
---	----

"Dritte Republik" des starken Mannes? <i>von Dr. Uli Nachbaur</i>	16
---	----

Der Bundespräsident als Wirklichkeit

der Möglichkeit <i>von Univ.-Prof. Manfred Welan</i>	20
--	----

Demokratie mit Hirn <i>von Dr. Sven Hartberger</i>	22
--	----

Auf der Schwelle in eine neue Zeit -

Menschenbild und Demokratie <i>von Mag. Boris Marte</i>	25
---	----

Clunier im Bild:

Clunias James Bond: Dr. Oswald Peterlunger	31
--	----

dies & das

Das illegale Interview mit Bundesschulsprecherin Cornelia Breuss	9
--	---

Spender	21
---------	----

Personalien	34
-------------	----

Leserbriefe	35
-------------	----

Impressum	35
-----------	----



Foto 1: Referenten beim Rechtsextremismus-Seminar:
Christian Buchar, TKW, CLF, und Karl Böhm, KRW
Foto 2: Philisterconvent: Ferdinand Hefel, Jürgen
Wagenknecht, Gebhard Zotter, Uli Nachbaur
Foto 3: Ex-Stapo-Chef Oswald Peterlunger, CLF

Liebe Leserinnen und Leser!

“Etwas ist faul im Staate Österreich”, würde wohl Marcellus in Shakespeares “Hamlet” ausrufen angesichts der derzeitigen Situation in unserem Staat: Die Regierung kann auch nach vier Monaten nicht Tritt fassen und tauscht sich bereits selbst aus, die ÖVP bringt sich im Stile eines Selbstmordkommandos eigenhändig um, ein großangekündigtes Sparpaket bringt neue dreistellige Milliardendefizite, der Konsum - eine der Stützen österreichischer Sozialdemokratie - wird von einigen Manager-Genossen zu Tode gewirtschaftet, die katholische Kirche beweist, daß sie den Zug ins Medienzeitalter (und nicht nur den) verpaßt hat und Vertuschen keine Probleme löst. Trauriger Höhepunkt war der Tod von vier österreichischen Mitbürgern, die wegen der Tatsache, daß sie als Roma geboren wurden, von feigen, widerwärtigen Rechtsextremen ermordet wurden. Ja, etwas ist faul im Staate Österreich!

Das fünfzigste Jahr im Leben der Zweiten Republik hat sich zu einem der schwierigsten entwickelt. Kein Wunder, daß der Vizekanzler meint, zur Zeit sei man nicht in der Stimmung, das Jubiläum groß zu feiern. Die Republik Österreich befindet sich in der Krise. Altbewährtes bricht zusammen; alte Denkkategorien funktionieren nicht mehr; mehr Parteien machen die Übersicht über das politische Geschehen schwieriger; unser großer Wohlstand, den wir in den letzten fünfzig Jahren erwirtschaftet haben, fordert seine Opfer; Versäumnisse der letzten Jahrzehnte rächen sich. Georg Hoffmann-Ostenhof drückt es im profil so aus: Wir nähern uns wieder einmal der Jahrhundertwende, dem fin de siècle.

Tatsächlich ist ein Vergleich mit dem vorigen Jahrhundert nicht ganz von der Hand zu weisen: Ausländerprobleme, Nationalismus, Rassismus, neu entstehende Parteien - all das gab es vor rund 100 Jahren auch. Wir befinden uns wieder einmal in einer Zeit des Umbruchs. Der Fall des Eisernen Vorhangs brachte viel in Bewegung - Wanderströme, Armutsgrenzen, nationale Konflikte. Das führt zu Unsicherheiten auch in den früher nicht-kommunistischen Staaten wie Österreich. Dazu kommt heute ein weiterer Faktor: Das Geschehen ist unüberschaubarer geworden, viele unserer derzeitigen Probleme lassen sich nicht von Österreich allein lösen, Mochovce ist bloß ein Beispiel. Es reicht nicht mehr, innerhalb der eigenen engen und überschaubaren Grenzen zu denken, die Probleme und Aufgaben sind weltweit: Umweltverschmutzung, Flüchtlingsströme, soziale Unterschiede, Energiekrisen, Wirtschaftsprobleme, internationale Kriminalität können längst nicht mehr von einem Staat allein einer Lösung zugeführt werden, globales Denken ist gefragt. Dies erschwert freilich für die einzelnen Staaten vieles und bringt die Gefahr mit sich, daß der einzelne Mensch auf der Strecke bleibt.

Aber: Sieht wirklich alles so düster aus oder steckt in dieser Krise nicht vielleicht sogar eine Chance? Ist es

nicht besser, ein Apfelbäumchen zu pflanzen als in Resignation zu verfallen? Der derzeitige Umbruch muß als Chance gesehen und genützt werden. Denk- und Handlungsweisen der letzten Jahrzehnte sind heute überholt. Was viel eher gefragt ist, ist internationale Zusammenarbeit und Solidarität, weil nationale Politiker und Politiken - nicht nur die österreichischen - durch viele der heute anstehenden Fragen überfordert werden. Die “Insel der Seligen” ist wohl endgültig im Meer der Welt untergegangen. Das ist kein Grund zur Trauer, sondern birgt die Chance eines neuen Verhältnisses der Staaten untereinander in sich.

Der Tübinger Theologe Hans Küng fordert angesichts dieser Situation in seinem Buch “Projekt Weltethos” “Verantwortung der Weltgesellschaft für ihre eigene Zukunft, Verantwortung für die Mitwelt und Umwelt, aber auch für die Nachwelt. Die Verantwortlichen der verschiedenen Weltregionen, Weltreligionen und Weltideologien sind aufgefordert, in globalen Zusammenhängen denken und handeln zu lernen.” Voraussetzung dafür, daß auch der einzelne Mensch zu einer geglückten und erfüllten Existenz kommt, ist für Küng, daß “der Mensch mehr werden muß, als er ist: er muß menschlicher werden! Gut für den Menschen ist, was ihn sein Menschsein bewahren, fördern, gelingen läßt. Der Mensch muß sein menschliches Potential für eine möglichst humane Gesellschaft und intakte Umwelt anders ausschöpfen, als dies bisher der Fall war.” Damit dieses internationale Zusammenleben funktioniert, fordert Küng ein verbindendes und verbindliches Ethos für die gesamte Menschheit, ein Weltethos. Die postmoderne Menschheit braucht gemeinsame Werte, Ziele, Ideale, Visionen.

An einer solchen Welt, an einem solchen Weltethos mitzuarbeiten, ist Aufgabe und Herausforderung für Österreich anlässlich des 50-jährigen Republik-Jubiläums. Österreich hat die Kapazitäten und Erfahrungen, um sich in einen solchen Prozeß aktiv einzubringen. Wir alle sind aufgefordert, durch unser Denken und Handeln Verantwortung für unseren Staat, für unsere Welt zu übernehmen. Und auch die katholische Kirche ist in einem solchen Prozeß unverzichtbar. - Wer könnte Werte besser vermitteln als die Weltreligionen und im besonderen das Christentum? Voraussetzung dafür wird aber sein, daß sie aus ihrem mittelalterlichen Schlaf erwacht und sich den Problemen des 3. Jahrtausends offen stellt. Das wünsche ich mir als Österreicher und einer, den diese Kirche trotz aller negativen Seiten begeistert!

Herzliche Grüße



Robert Kert v. Tacitus

Senior: Keine Nachwuchssorgen!

Schon einige Zeit ist es her, daß ich zum neuen Senior der Clunia gewählt wurde; auch hat sich in der Zwischenzeit schon allerlei getan.

Das erste Mal schnupperte ich vor zwei Jahren Verbindungsluft und wurde schließlich im Mai 1993 rezipiert. Nach einer etwas längeren Fuchszeit, in der ich sowohl die negativen als auch die positiven Seiten des Verbindungslebens kennengelernt hatte, wurde ich endlich auf der Dr.cer.-Kneipe im letzten Herbst geburscht. Zuvor schon, im Sommersemester 1994, wurde mir das Amt des Budenwarts anvertraut, das ich bis zum letzten Semester bekleidete. Auf dem Wahl-AC Anfang Februar wurde ich schließlich zum neuen Senior unserer Verbindung gewählt.

An dieser Stelle möchte ich gleich das neue Chargenkabinett vorstellen. Nach dem letzten Sommersemester bekleidet erneut Nora Kerschbaumer v. Cherry das Amt des Conseniors. Schon recht eifrig hat sie sich hinter ihre Aufgabe geklemmt. Der Vorgänger von Nora, Ralph Gut v. Null Komma Josef, übernimmt die Charge des Fuchsmajors. Seine Aufgabe ist es, den etlichen neuen Füchsen die studentischen Bräuche näherzubringen. Viel Glück! Für die Protokolle und den Schriftverkehr ist dieses Semester ein Fuchs, besser gesagt eine Füchsin zuständig, nämlich Karin Burtscher v. Gagi. Schon fast verzweifelt war sie letztes Semester, als sie jedem einzelnen wegen des Mitgliedsbeitrages nachrennen mußte: Trotzdem erklärte sich Alexandra Gschließer v. Mirakulix erneut bereit, das Amt des Kassiers zu übernehmen. Wir alle hoffen auf eine bessere Zahlungsmoral! Hinter der Bar erblicken wir ein altbekanntes Gesicht: Als Budenwart 1 sorgt Markus Halbeisen v. Meisel für unser leibliches Wohl. Unterstützt wird er von Martin Häusle v. Hippomax (BW2). Für die

Getränkefragen ist Bernhard Öhre v. Hermes zuständig. Markus Berjak v. Garfield ist der letzte im Bunde. Als Sportwart hat er einiges geplant, wie ein Fußballturnier, welches im Semesterprogramm nicht angeführt ist.

Bis jetzt gibt es nur Erfreuliches von der Zusammenarbeit mit meinen Conchargen zu berichten. Viele Vereine beschäftigt das Problem des Nachwuchses. Was dies betrifft, bin ich in einer glücklichen Lage. Die Clunia kann zur Zeit eine Aktivitas von 27 Mitgliedern vorweisen (darunter 9 Füchse), und die Spiefüchse lassen auch nicht auf sich warten. Weniger zufrieden bin ich mit unserer Altherrenschafft. Immer weniger Alte Herren sind auf unseren Veranstaltungen zu sehen. So waren sie zum Beispiel auf der Semester-Wechsel-Kneipe nur zu zweit vertreten.

WAs: Sie sind für viele unserer Aktiven ein Greuel. Auch am 10. März, als uns WStV-Phxx Ing. Josef Trösch v. Hermes, DAW, über Osteuropa berichtete, waren nur wenig Interessierte anzutreffen. Doch Josef Trösch verstand es äußerst gut, über dieses Thema zu referieren und die Diskussion dauerte mehr als 1 1/2 Stunden. Nicht weil er es so geplant hatte, sondern weil wir ständig nachfragten! Die 10 anwesenden Aktiven wurden schließlich noch mit 12 Pizzen und Tiramisu für jeden belohnt. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei Dir, lieber Hermes, bedanken!

Mir bleibt nur noch, allen Bundesgeschwistern und Freunden der Clunia ein schönes Sommersemester zu wünschen. Vor allem seitens der Altherrenschafft hoffe ich auf tatkräftige Unterstützung bei unseren Veranstaltungen.

Ulrich Wieder v. Catull, Senior

Wir Füchsen sind hier heut' ganz groß, drum ubi sunt qui ante nos...

Am 9. Februar 1995 fand auf unserer Bude der traditionelle Fuchsenrummel statt. Das Präsidium (Martin Häusle v. Hippo, Karin Burtscher v. Gagi und Bernhard Öhre v. Hermes) konnte neben zahlreichen Aktiven auch etliche Spiefüchse begrüßen. Außerdem wurde Christina Häusle v. Nike von Fuchsmajor Andreas Amann v. Zoso rezipiert. Leider glänzte ein Großteil der Altherrenschafft (mit Ausnahme von einigen Unverwüstlichen) durch Abwesenheit. Trotzdem wurde es ein gelungenes Fest.

Achim Zortea v. Tassilo machte seine Sache als Bierbursch ausgezeichnet. Neben Zoso und Martin Reutz v. Pentz strapazierte vor allem Markus Halbeisen v. Meisel unsere Lachmuskeln mit seinem Bierschwefel zum Thema: "Notwendigkeit eines Full-Size-Airbags für ein Kondom wegen der hohen Aufprallgeschwindigkeit auf ein Federbett". Außerdem machte Hippo von seinen Rechten im verkehrten Bierstaat Gebrauch und ließ Alexandra Gschließer v. Mirakulix sich wegen zügellosen Schwätzens stärken. Dadurch machte er sich dafür verantwortlich, daß dieselbige wegen ihres Cola-Rausches eine schlaflose Nacht verbrachte. Die ganze Aktivitas wartet immer noch sehnsüchtigst auf die ausständige Runde, die unser Philistersenior Peter Nachbaur v. Kapf und seine Frau Sonja Nachbaur v. Piccola durch ihr Zuspätkommen verschuldet haben. Nichtsdestotrotz hatten alle, wie auch wir selbst, viel Spaß, und wir wünschen dem nächsten Präsidium bei seinem Fuchsenrummel alles Gute.

*Karin Burtscher v. Gagi &
Martin Häusle v. Hippo*

Liebe Clunier, liebe Freunde der Clunia!

Mit Ende 1994 ist die Frist für die Einreichung von schriftlichen Anträgen für Änderungswünsche der neuen Geschäftsordnung (GO) abgelaufen. Kein einziger Antrag hat uns erreicht, somit muß die überarbeitete

Absage. Alexander Muxel v. Clochard erklärte sich bereit dieses Amt von Hooligan zu übernehmen. Clochard ist fertig ausgebildeter Betriebswirt und versucht bei der "Creative Stempel Company" Stempel, hergestellt aus reinen Naturprodukten, im deutschsprachigen Raum als neues und noch unbekanntes Produkt einzuführen. Clochard ist vielen Clu-Lesern nicht unbekannt, da er schon zahlreiche

Dem Senior des Wintersemesters, Tanja Handle v. Juno, und ihrem Team sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich für ihr wirklich gelungenes Semester gedankt. Sie haben die Latte für das neue Chargenkabinett recht hoch gelegt, doch auch der neue Senior Ulrich Wieder v. Catull und seine Mann(Frau)schaft reichen schon nach ihr und zeichnen sich durch große Selbstständigkeit aus.

PHILISTER *brief*

Diejenigen Alt-Clunier, die ihren Mitgliedsbeitrag 1994 noch nicht bezahlt haben, bitten wir diesen schleunigst einzuzahlen, da bereits im April/Mai die neue Zahlungsaufforderung für 1995 erfolgen wird.

GO bereits den Vorstellungen aller Clunier entsprechen, oder nicht? Anlässlich des Cumulativconventes werden wir endgültig über das Inkrafttreten der GO abstimmen und uns dann nach ihr orientieren.

Chargen als Aktiver bekleidet hat und bei Bedarf stets hilfreich zur Stelle war und ist. Clochard zeigt auch bei der ÖVP Rankweil Engagement und versucht durch seine Mitarbeit in der Gemeindepolitik den Lebensraum Rankweil zu verbessern. Junge Leute mit Einsatz sind für die ÖVP gerade in so schwierigen Zeiten wie jetzt lebensnotwendig!

Dies waren die Neuigkeiten in aller Kürze. Euch allen wünschen wir wieder viel Spaß beim Lesen des Clu und würden uns über einen Besuch auf der Clunia-Bude freuen.

In Treue fest!

Peter Nachbaur v. Kapf, Phx



Philistersenior Peter Nachbaur

Auf dem Alt-Clunia-Convent anlässlich des 86. Stiftungsfestes wurde das Philisterchargenkabinett beauftragt, für unseren Philisterkassier Heinz Gesson v. Dr.cer. Hooligan, seit gut einem Monat neuer Obmann des Fischereivereines Feldkirch, eine(n) Nachfolger(in) zu finden. Diverse Clunier befragte ich und erhielt aber von den meisten bis auf einen eine klare

Neuer Philistersenior bei der KMV Sonnenberg

Am 11. Februar 1995 war es wieder so weit: Der "alte" Philistersenior Kbr. Dr. Bernhard Jochum war nach vier Jahren des Aufbaus seines Amtes überdrüssig, da die immer zahlreicher werdenden Verpflichtungen seines Berufes ihn in der optimalen Ausübung dieser Funktion hemmten. Als Kbr. Jochum die Aufgaben des Philisterseniors vor vier Jahren übernahm, war die Aktivitas ein kleiner Haufen von Maturanten mit nur einem Fuchs - die Altherrenschaft bröckelte langsam auseinander. Während seiner Amtszeit wurden die Finanzen in Ordnung gebracht, die Zahl der Aktiven erhöhte sich und mehrere Philister besuch-

ten wieder regelmäßig Veranstaltungen. Der Altherrenconvent entlastete Kbr. Jochum "mit Dank und Anerkennung". Dennoch zog er sich nicht ganz zurück: Er bewarb sich für das Amt des Philisterstandesführers, um so weiterhin für die Sonnenberg da zu sein.

Für das Amt des Philisterseniors bewarb sich Mag. Gerald Fenkart aus Bürs und er wurde einstimmig gewählt. Kbr. Fenkart hat im letzten Jahr das Lehramtsstudium der Mathematik und Physik abgeschlossen und dient derzeit als Präsenzdiener in der Walgaukaserne Bludesch. Er bringt sehr viel Enthusiasmus und neue Ideen mit, die gemeinsam mit den Erfahrungen des restlichen Vorstandes in eine hoffentlich erfolgreiche Zukunft für die KMV Sonnenberg führen. Dem neuen Vorstand viel Glück und Erfolg!

Lobesworte zu einer Bandverleihung

Am 5. November des Vorjahres verlieh die KMV Kustersberg Bregenz ihr Band an Prof. Klaus Plitzner und Prof. Dr. Wolfgang Scheffknecht. Die Laudatio vor der illustren Corona hielt Bbr. Dr. Arnulf Benzer:

Liebe Bundesbrüder jüngeren und älteren Datums! Verehrte Damen!

Wir haben bereits eine festliche Rede gehört. Darum soll mein Teil weniger festlich und eher locker sein:

Ihr habt gut gewählt! Die neueste Linie zeigt es: Wolfgang Türtscher - Alois Mock - Klaus Plitzner - Wolfgang Scheffknecht. Nicht schlecht: Wellenstein und Kustersberg greifen nach den Sternen!

Heute stehen die beiden Letzteren im Mittelpunkt. Zwei Professoren. Unter den fast hundert Lehrenden am 100-jährigen Bundesgymnasium Bregenz-Blumenstraße zwei besondere Pflanzen, faßbar, stämmig, wetterfest. Das war bereits eine Prae-Laudatio. Sie soll in relativer Kürze unterlegt werden.

"Scheffknecht", der Name führt direkt in die größte Marktgemeinde Österreichs. Dies ist aber nicht das ein-

zige einmalige Kennzeichen Lustenaus. Mit Fleiß, ruhiger Zielstrebigkeit, humanistischer Ausbildung, einer Forschertätigkeit, die selten beachtete Randgruppen früherer Zeiten erfaßte - vielleicht regte ihn dabei die Nähe zu echten und vermeintlichen Urväter-Müttern an -, durch eine glückliche Familienbildung, die es bis jetzt zu drei kleinen Couleurdamen brachte. Mit all dem vermehrt Wolfgang Scheffknecht die sprichwörtliche Eigenart volklicher Sonderheit dieses äußerst lebendigen Relikts

aus "dunkler" Zeit am Rhein.

Ich selbst kenne den neuen Bundesbruder in seiner führenden Mitarbeit an der Volkshochschule Bregenz, als Gründer der Volkshochschule Lustenau, ich kenne ihn in seiner Tätigkeit an der Landesbibliothek, die er leider aus Liebe zum Lehrberuf zu Euren Gunsten aufgegeben hat. Er erfüllt nebenbei ein altübernommenes Prinzip, daß Gymnasiallehrer ihre Weisheit, die Erfahrungen mit Euch, im Rahmen der Erwachsenenbildung verwerten sollen.

Und da ist noch der gleiche und doch ein anderer: Klaus der Plitzner. Bei ihm blitzt es wirklich oft und unerwartet. Er ist unwahrscheinlich ledig und frei in der Beweglichkeit vom Denken und Handeln. Er hat nicht umsonst in der Großstadt Wien Geographie studiert. Er läßt es längst nicht bei der Theorie bewenden. Er bumelt durch die Welt und kein Erdteil ist vor seiner Neugier sicher. Auf Trampelpfaden ist er ebenso daheim wie im Pullmannwagen nach Enchotide. Es ist also anzunehmen, wie lebendig Erdkunde bei Prof. Plitzner sein muß.

Daneben aber ist der Klaus ein echter Couleurstudent, denn er ist es ja schon seit 1977. Ein flotter Bursch, der zu allem noch die Bregenser Stelle des Ludwig-Boltzmann-Instituts für neuere österreichische Geistesgeschichte betreut. Er forscht wie Wolfgang Scheffknecht - nur in anderen Richtungen; sie dürften - so wie er veranlagt ist - viele Möglichkeiten offen lassen!

Wir sehen - zwei professorale Persönlichkeiten, Musterstücke ihres Berufes, erfreulich ähnlich, erfreulich verschieden, noch nicht verehrungswürdig wie alte Herren, aber schon anerkennenswert, deshalb die Ehrung. In einem sind sie gleich: Beide sind - wie ich höre - streng im Unterricht, beide "fordern" in ihren Fächern und beide sind beliebt! Gibt es eine bessere Aussage über pädagogische Partnerschaft?

Ich glaube, es ist vorteilhaft für beide Seiten, wenn es Lehrer gibt, die in eine Verbindung integriert sind. Auf anderer Ebene gibt es ein anderes Ken-



Die beiden Neo-Kustersberger mit ihrem Lobredner: Dr. Wolfgang Scheffknecht, HR Dr. Arnulf Benzer, Dr. Klaus Plitzner (v.l.n.r.)

Dankesworte von Prof. Dr. Klaus Pitzner

(Ausschnitte)

[...] In dieser Zuerkennung des Ehrenbandes sehen wir nicht nur eine Ehre, sondern speziell auch einen Auftrag, konservative Werte zu leben und nicht Moden zu folgen, die wie Banknoten den Besitzer wechseln.

[...] Der Professorenberuf ist mehr als nur die Unterweisung in einem Fach. Er endet weder mit dem Läuten noch läßt sich sein wahrer Stellenwert an der Summe auf dem Gehaltszettel ablesen. Eine scheinbare Modernität und Fortschrittlichkeit, die sich bei näherem Hinsehen nur als Populismus entpuppt, kann nicht das Ziel einer wirklichen Gymnasialbildung sein. Zu oft hat der kurzsichtige und beinahe marktschreierische Ruf nach zweckorientierter Ausbildung die humanistisch ausgerichtete, umfassende Allgemeinbildung verdrängt. Hat sich die Bildung nicht vielmehr am Menschen und seinen Bedürfnissen zu orientieren als an tagespolitischen Schlagworten? Bildung, nicht pädagogischer Aktionismus, muß unsere Devise lauten.

Es freut uns außerordentlich, zahlreiche Schüler unter unseren Bundesbrüdern erkennen zu können. Die vier Prinzipien Religio, Scientia, Amicitia und Patria, denen wir uns verpflichtet fühlen, liebe junge Bundesbrüder, sollen uns Auftrag sein, jederzeit für Euch Gehör zu haben, bei studentischem Frohsinn und akademischem Tun. In Anspielung auf die KB sollen sie lauten:

Religio: Katholische Bekenner und nicht kleingläubige Barockengel
Scientia: Klassische Bildung und nicht kleinkarierte Besserwisser
Patria: Konservative Burschen und nicht konturlose Befehlsempfänger
Amicitia: Kultivierte Biergenießler und nicht kultische Biersäufer

nenlernen. Überhaupt: Ich sehe für eine Studentenverbindung unseres Couleurs an einer AHS drei Hauptaufgaben als Existenzberechtigung:

Drei Hauptaufgaben einer Studentenverbindung

Eine Gemeinschaft soll entstehen, die mehr ist als nur eine vorgegebene Klassen- oder Jahrgängergleichheit, denn, wer MKVer ist, legt Wert auf weltanschauliche Fundierung und Orientierung. Jedes Boot, das da draußen auf dem See fährt, muß Position einnehmen, um zu erkennen, wohin es geht. Unsere Position ist klar: Das Christentum katholischer Prägung ist kraft seines göttlichen Stifters mit nichts vergleichbar. Wenn da zum Beispiel ein Magister im Unterricht antichristliche Töne von sich gibt, wehrt Euch in geeigneter Weise. Daran soll man furchtlose KBer erkennen!

Die Grünen bemühen sich, aus ihrer Sicht eine Weltanschauung zu machen. Da könnte man mit ironischem Vergnügen darauf hinweisen: Die Urgroßväter unserer Verbindung haben auf dem Kustersberg unter den dräuenden Felsen des Känzeles, im Anblick des volkreichen Rheintales, umgeben von einem einmaligen Kranz der Heimatberge mitten im Grünen feste Position bezogen und diese "Kustersberg" benannt. Und zur Hauptfarbe "grün" gewählt...

Schließlich kann die Verbindung eine Vorübung, ein vorbereitendes Praktikum fürs Leben sein, indem zum Beispiel die Mitglieder mit guten Umgangsformen vertraut gemacht werden, an denen es heute stark mangelt, die aber für Erfolge im Beruf unersetzlich sind, oder die Schulung durch den Burschenconvent, wie man diskutiert, Anträge stellt, kurz, wie man miteinander im Gespräch korrekt umgeht.

Liebe Bundesbrüder, Ihr ehrt also mit Recht die Professoren Klaus Pitzner und Wolfgang Scheffknecht. Die beiden ihrerseits aber ehren - das sei dankend vermerkt - mit der Annahme des Bandes unsere "Kustersberg".

Dankesworte von Prof. Dr. Wolfgang Scheffknecht

(Ausschnitte)

[...] Meine Arbeit als Historiker, auch und vor allem im Vorarlberger Bildungs- und Studentengeschichtsverein, hat es mir im Laufe der Zeit immer deutlicher gemacht, wie wichtig die Pflege der studentischen Tradition ist, wieviel wir alle ihr verdanken.

Ich würde es für einen großen Verlust halten, würde man das Gymnasial- und Universitätsstudium auf nüchterne Wissensvermittlung oder rein zweckorientierte Ausbildung reduzieren. Jene jungen Menschen, die das Glück haben, ein Universitätsstudium absolvieren zu dürfen, werden zum Teil in verantwortungsvollere Positionen gelangen. Diese verlangen nicht nur größeres Wissen, sondern sie stellen auch erhöhte Anforderungen an die persönliche Verantwortung. Die traditionellen Werte unserer Verbindung können hier Halt und Festigkeit geben.

Ein weiterer Anker kann in dieser Beziehung auch die Liebe zur Heimat sein. Diese kann nur einer vertieften Kenntnis der eigenen Geschichte und Kultur entspringen. Mir persönlich ist es immer ein Anliegen, den heranwachsenden jungen Menschen Kultur und Geschichte unserer engeren Heimat, des Bodenseeraumes, nahezubringen.

Das Interesse an der Kultur und Geschichte der eigenen Region benötigt immer wieder Anstöße, um sich entwickeln zu können. In meinem Fall bin ich einer ganzen Reihe intimer Kenner der Geschichte des Bodenseeraumes für ihre Anstöße zu Dank verpflichtet. Einer von ihnen ist heute hier anwesend: HR Dr. Arnulf Benzer. Ich möchte die Gelegenheit nützen, ihm dafür recht herzlich zu danken. [...]

Der zufriedene Landessenior

Ich möchte mich einmal kurz vorstellen. Mein Name ist Philipp Schröckenfuchs. Ich bin 18 Jahre alt, Wellensteiner und Landessenior seit September 1994. Die zweite Hälfte meiner Amtsperiode hat angefangen, und es gibt einiges zu berichten. Wir hatten



Lx Philipp Schröckenfuchs

vom 4. und 5.2.1995 in Vorarlberg ein MKV-Seminar über Rechtsradikalismus. Neben Vorarlbergern kamen auch Kartellbrüder und -schwestern aus anderen Bundesländern auf den Viktorsberg, wo das Seminar stattfand. In letzter Zeit hat der Landesverband wenig für die Bildung der Vorarlberger Aktivitas getan, da wir keinen Bildungsreferenten hatten. Dies hat sich nun geändert, da wir, erfreulicherweise, zwei Clunier gefunden haben, die dieses Amt übernahmen. Es sind dies Thomas Buschta v. Buschtus und Michael Rusch v. Smily. Sie haben auch ziemlich viele neue Ideen mitgebracht. Am 26.3.1995 fand zum Beispiel in Wolfurt ein "Gutes Benehmen/Comment"-Seminar statt. Referent war unter anderem Wilfried Hieble, Tanzschulleiter aus Dornbirn. Wir haben aber auch noch andere Veranstaltungen für das Jahr 1995 geplant, wie zum Beispiel eine Exkursion ins ehemalige KZ Dachau unter Führung eines damaligen Insassen. Neben Seminaren haben wir aber noch einen weiteren Schwerpunkt in diesem Semester, nämlich den Pennälertag in Bruck an der Mur. Ich hoffe, daß auch dieses Jahr wieder so viele Aktive wie letztes Jahr mit zu diesem Ereignis des Jahres fahren.

Mit der Keilung der Füchse schaut es auch nicht so schlecht aus. Spitzenreiter bei den Keilungen sind die

Sieberg Dornbirn und die Clunia Feldkirch. Komischerweise sind es gerade die zwei Verbindungen in Vorarlberg (Österreich), die Mädchen als Vollmitglieder aufnehmen. Ob es vielleicht etwa damit zu tun hat? Das heißt aber noch lange nicht, daß die anderen Verbindungen keine Füchse haben. Wir in Vorarlberg sind im Mo-

ment in der Keilung an erster Stelle im MKV.

Unsere Verbindungen haben aber auch Kontakte zu Verbindungen in anderen Bundesländern und anderen Staaten wie der Schweiz und Liechtenstein geknüpft. Ich kann mich also auf die zweite Hälfte meiner Amtszeit freuen und hoffe, daß sie auch so schön wird wie die erste.

Philipp Schröckenfuchs v. Othello, WSB, Landessenior

Seminar: Rechtsextremismus

"Eine geballte Ladung an Information kommt in diesem Seminar auf uns zu": stand in der Einladung zum von Bbr. Dr. cer. Plus organisierten Seminar über Rechtsextremismus im Rahmen des MKV-Jahresthemas "Aktiv gegen Radikalismus". Es kam wirklich eine geballte Ladung auf uns zu. Nicht nur Vorarlberger lauschten den äußerst interessanten Vorträgen der KbrKbr. Klaus Zellhofer (Merc), Karl Böhm (KRW) und nicht zuletzt Bbr. Christian Buchar (TKW, CLF), es waren auch Teilnehmer der Thuiskonja Wien, der Kreuzenstein Wien und der Hertenberg Telfs (sogar mit einem Mädchen) vertreten. Leider fanden unsere KbrKbr der Kustersberg und Augia Brigantina, deren Weg weniger weit gewesen wäre, nicht den Weg nach Vik-

torsberg, wo das Seminar stattfand. Verschiedene Themen, wie Allgemeines zum Rechtsextremismus, dessen Zeitungslandschaft, Revisionismus, die Österreichischen Burschenschaften und die internationale Vernetzung des Rechtsextremismus in Europa, wurden von den sehr kompetenten Referenten aufbereitet. Viele Beispiele von rechtsradikaler Lektüre, Filmausschnitte und eine Menge von Unterlagen machten dieses Wochenendseminar sehr anschaulich, und es bot so den zahlreichen Teilnehmern viele neue Informationen, die "hirngerecht" aufbereitet waren. Buchtip: Wolfgang Purtscheller, Die Ordnung die sie meinen - "Neue Rechte" in Österreich.

Thomas Buschta v. Buschtus



Das illegale Interview

Nach Ronny Hollenstein, SID, und Bernhard Ruetz kommt der Bundesschulsprecher auch in diesem Schuljahr wieder aus Vorarlberg: Cornelia Breuß aus Rankweil, Schülerin der 5. Klasse der Bundeslehranstalt für Kindergarten-Pädagogik in Feldkirch. Wir sprachen mit ihr über die aktuelle Bildungspolitik, obwohl sie dazu gar kein Recht hätte.

CLU: Cornelia, wie wird man eigentlich Bundesschulsprecherin?

Cornelia: Ich war zuerst Klassensprecherin, kam als solche zu einem Seminar der Landesschülervertretung und lernte dort die Landesschülervertreter kennen. So kam ich in die damalige UHS, heutige Schülerunion. Dort kümmerte ich mich um Seminarprojekte. Im Laufe der Zeit wurde ich Schulsprecherin und wurde in die Landesschülervertretung gewählt. Das war in einer Zeit, als Ronny Hollenstein und Bernhard Ruetz Bundesschulsprecher waren. Vor einem Jahr entschied ich mich, selbst zu kandidieren. Alle Landesschulsprecher wählen aus ihrer Mitte dann einen als Sprecher und Kontaktperson. Das Wort "Chef" höre ich überhaupt nicht gern.

CLU: Was sind eigentlich die Aufgaben einer Bundesschulsprecherin?

Cornelia: Die Aufgaben sind ziemlich vielschichtig. Einerseits bin ich Ansprechpartner für Schüler und Schülervertreter, die Probleme haben, einen Tip brauchen, Sorgen haben. Auf der anderen Seite bin ich Ansprechpartner für das Ministerium und offizielle Stellen (Parlamentsabgeordnete, Parteien). Das Ziel ist, daß ich dem Ministerium die Wünsche und die Meinungen der Schüler mitteile. Außerdem möchte ich gerne etwas frischen Wind in die Behörden hineinbringen, was aber sehr mühsam ist. Es sollte auch das Ziel sein, dem Ministerium neue Ideen zu bringen, weil

vor Busek eigentlich alles vollkommen ideenlos ablief. Jetzt kommt unter Busek gottseidank wieder etwas mehr Bewegung in den Apparat. Auch der Öffentlichkeit gegenüber möchte ich die Anliegen der Schüler präsentieren, was ich aber rechtlich gesehen eigentlich nicht dürfte. Im Prinzip ist bereits dieses Interview illegal. Aber es gibt eben gewisse Gesetze, die man übertreten muß, um sinnvoll arbeiten zu können.

CLU: Bleibt daneben auch noch Zeit für die Schule?

Cornelia: Die nehme ich mir, da ich in der Maturaklasse bin. Ich habe die Schulsachen immer dabei. Dadurch, daß ich in der Woche ungefähr zwanzig Stunden im Zug verbringe, habe ich genug Zeit zum Lernen.

CLU: Wo liegen derzeit die wichtigsten Anliegen der Schülervertretung?

Cornelia: Ganz wichtig ist, daß man endlich von dem Hick-Hack in der Schulpolitik wekommt, von dem "Wischiwaschi", das mit Schule im Grunde überhaupt nichts zu tun hat, sondern hauptsächlich mit Gesellschaft und Politik. Es wäre mir ein Anliegen, sich wichtigere Dinge zu überlegen, als sich auf einer Demonstration mit Eiern zu bewerben. (Am 24. März fand in Wien eine große Schülerdemo statt, bei der Schüler mit Eiern und Tomaten um sich warfen.) Das ist nicht das, was ich mir unter Aktionen der Schüler vorstelle. Man könnte in den Schulen selber als

Schülervertreter unheimlich viel machen und es wäre gescheiter, die Energien dort einzusetzen als bei undifferenzierten Demos. Es gibt am Sparpaket sicher einiges zu kritisieren, weil einfach an den falschen Stellen gespart wird. Aber daß gespart werden muß, sollte jedem klar sein - nicht nur mir als Vorarlbergerin. Lieber sparen wir heute, als daß ich mir dann Sorgen machen muß, wie meine Kinder in die Schule kommen. Ich verstehe - ehrlich gesagt - diese Gegenbewegung nicht ganz. Es gibt zum Beispiel sicher einige Freigegegenstände, die nicht Aufgabe der Schule sein müßten. Bei Zusatzleistungen wie Schachunterricht, Reiten oder Tennisstunde besteht die Möglichkeit zu streichen. Ich habe durchaus auch meine Probleme mit dem Sparpaket, aber ich verstehe nicht ganz, wie es zu solchen Demonstrationen kommt. Ich glaube, hier wurden die Schüler von den Lehrern benützt, um ihre Probleme zu transportieren. Wenn der Wiener Stadtschulratspräsident einen Erlaß herausgibt, man müsse alle Schüler auf die Demo gehen lassen, dann frage ich mich, wo da noch Entscheidungsfreiheit ist. Es ist ja auffallend, daß wir Schüler in den letzten paar Monaten interessant geworden sind, aber nicht, weil wir Schüler so interessant sind, sondern weil die Lehrer ein Problem haben. Da müssen wir Schüler aufpassen, daß wir nicht mißbraucht werden.

CLU: Abgesehen von der gestrigen Demonstration, scheint es aber doch so, daß es am einfachsten ist, bei Schülern und Studenten zu sparen. Ist es nicht so, daß den Schülern eine entsprechende Lobby fehlt?

Cornelia: Wir haben inzwischen fast wöchentlich die Möglichkeit, mit dem Minister zu reden, aber das nützt nicht viel, weil wir nie einen solchen Druck ausüben können wie z.B. Lehrervertreter. Das sah man bei den 45 Minuten ganz deutlich. Solange die Schülervertretung gesetzlich keine anderen Möglichkeiten hat, wird sich da auch nicht viel ändern. Wir sind theoretisch nur ein Anhängsel des Ministeriums und haben kein Öffentlichkeitsrecht. Es ist sicher das Frustrie-

rende an der Schülervertretung, daß man im Kleinen viel machen kann, aber im Großen schnell zum Spielball anderer Interessen wird.

CLU: Welche Rechte würdest Du Dir wünschen?

Cornelia: Daß ich zum Beispiel eine Pressekonferenz geben kann, ohne daß ich im Ministerium Drohungen erhalte. Daß ich selber über ein Budget verfügen kann, ohne im Ministerium nachfragen zu müssen, ob ich mir einen Radiergummi um zehn Schilling

Cornelia: In der Schule selber haben wir die Rechte im Schulgemeinschaftsausschuß. Auf Bundesebene wird es sehr schwierig. Wir haben das Recht, daß wir viermal im Jahr eine Sitzung mit dem Minister haben. Wir sind aber sehr auf die Gnade einzelner Leute angewiesen. Heuer kam uns zugute, daß uns die Medien ziemlich positiv gegenüberstanden sind. Mit einem gewissen Öffentlichkeitsdruck läßt sich viel bewirken.

CLU: Zurück zum Sparpaket: Welche Punkte hältst Du darin für akzeptabel, welche für inakzeptabel? Wo würdest Du im Schulbereich sparen?

Cornelia: Ich könnte mit dem Selbstbehalt bei den Schülerfreifahrten durchaus leben. Ich würde mich nie dafür einsetzen, aber ich kann es akzeptieren. Es ist allerdings unglaublich, daß bei den Schülerfreifahrten den Verkehrsunternehmen nicht nur die Strecke gezahlt wird, die man tatsächlich fährt, sondern für das ganze Jahr eine Vollpreis-Netzkarte. Den Selbstbehalt bei den Schulbüchern sehe ich weniger ein, da man dort ganz anders sparen könnte, indem man zum Beispiel nur die Schulbücher bestellt, die man auch braucht. Man sollte endlich anfangen, Schulbuchladen einzurichten, was in Vorarlberg schon ziemlich gut funktioniert. Was ich aber überhaupt nicht verstehe, ist die Erhöhung der Schülerhöchstzahlen. Dagegen wehre ich mich furchtbar, weil die Situation bereits jetzt unerträglich ist. Das ist unvorstellbar für mich! Ich glaube aber, wir müssen wegkommen von dem Gedanken, daß Bildung absolut umsonst ist. Ich glaube, daß man nicht nur bei den Freifächern kürzen könnte, sondern durchaus auch bei den Pflichtfächern. Es ist eine Frage, ob man Latein wirklich so ausführlich braucht. Es werden viele Sachen unterrichtet, die nicht nötig sind, aber Dinge, die man bräuchte, z.B. Politische Bildung, Praxisbezug, fehlen.

CLU: Woran scheidert eigentlich die Schulbuchlade?

Cornelia: Von Lehrgewerkschaftsseite kommt der Einspruch, weil damit ein Verwaltungsaufwand

verbunden ist. Aber da könnte man ja auch die Schüler miteinbeziehen. Bei uns in der Schule funktioniert das auch ganz gut. Andererseits ist der Einfluß der Schulbuchverlage sehr groß, die zum Teil dem Staat gehören. Dort fürchtet man weniger Einnahmen. Vor allem die SPÖ ist ein extremer Gegner der Schulbuchlade. Das ist das Furchtbare an der Schulpolitik, daß sie immer in Parteipolitik mündet.

**"DIE FÖRDERUNG VON
BEGABTEN UND WENIGER
BEGABTEN SOLLTE VER-
STÄRKT WERDEN."**

Cornelia Breuß

CLU: Für wie gut hältst Du eigentlich das österreichische Schulsystem?

Cornelia: Ich glaube, daß es bei weitem nicht so schlecht ist, wie man immer sagt. Es besteht für jeden die Möglichkeit, die Schule zu besuchen, die seinen Fähigkeiten entspricht. Verstärken sollte man den Bereich der Begabtenförderung beziehungsweise der Förderung von weniger Begabten. Es sollte mehr auf den einzelnen Schüler eingegangen werden. Es muß mehr Rücksicht darauf genommen werden, daß 30 Schüler nicht über 12 Jahre auf dem gleichen Stand sein können. Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schultypen sollte besser werden. Ganz sicher erneuert gehören die Hauptschule und der Polytechnische Lehrgang, weil es keine Lösung ist, alle Kinder ins Gymnasium zu schicken mit dem Argument, daß sie in der Hauptschule nichts lernen. Mein Traum von Schule wäre, daß ich mehr selber wählen kann, was ich machen will. Das ist wohl eine Utopie, aber ich würde mir so ein ähnliches System wie in Amerika wünschen. Es sollte ein gewisses Grundpaket geben und den Rest kann man sich selbst zusammenstellen. Dort könnten Politische Bildung, Wirtschaft, Teamzusammenarbeit, Projektarbeit hineingenommen werden.



Wünscht sich mehr Rechte: Cornelia Breuß

kaufen darf. Wir haben jetzt eine viertägige Sitzung: Mit Mühe und Not bekamen wir eine Unterkunft, aber Essen bekamen wir keines. Da werden einem viele Steine in den Weg gelegt. Fahrtkosten werden oft nicht zurückerstattet. Es wird viel gemacht, um es uns schwer zu machen, und man muß extrem stur und zäh sein, damit man weitermacht.

CLU: Und ist da irgendeine Besserung der Situation in Sicht?

Cornelia: Ich hoffe, daß durch den Ministerwechsel einiges in Bewegung geraten ist. Wenn sich die ganze Aufregung, auch um Busek als Parteichef, gelegt hat, kann man anfangen, konstruktiv zu arbeiten. Ich hoffe, daß das spätestens im Herbst der Fall sein wird.

CLU: Hat die Schülervertretung eigentlich irgendwelche Mitbestimmungsrechte?

CLU: Wie glaubst Du, können die Probleme an den AHS gelöst werden?

Cornelia: Da sollte man als erstes bei den Hauptschulen ansetzen. Sie sollten aufgewertet werden, dort sollte mehr Geld investiert werden. Die Lehrerausbildung in Hauptschulen muß verbessert, der Unterricht attraktiver gestaltet werden. Die HS sollten auch eine Vorbereitung auf die Lehre sein. Das Gymnasium sollte allgemeinbildend bleiben und hat daher eine ganz andere Zielsetzung. Die Trennung zwischen Gymnasium und Hauptschule muß klarer werden. Ob eine Aufnahmeprüfung so viel bringt, bin ich mir nicht sicher, weil ich nicht weiß, ob ein 10-jähriges Kind innerhalb einer halben Stunde zeigen kann, was es tatsächlich leisten kann.

CLU: In welche Richtung sollte eine verstärkte Lehrerausbildung gehen?

Cornelia: In die pädagogische und fachliche. Ein Lehrer sollte nicht nach abgeschlossenem Studium 40 Jahre auf dem gleichen Stand bleiben. Es sollte Lehrern - auch mit finanziellen Anreizen - die Fortbildung schmackhafter gemacht werden. Zur Zeit sind ja die Lehrer, die sich fortbilden, die dummen.

CLU: Wie glaubst Du, kann der Unterricht den Anforderungen gerecht werden, die heute in der Gesellschaft an Menschen gestellt werden?

Cornelia: Wir müssen uns bei den Inhalten überlegen, was noch aktuell ist, was Neues dazugekommen ist, und müssen schauen, daß der Lehrplan auf dem Laufenden bleibt. Bei der Methode sollten die Lehrer die Möglichkeit haben, anderes als Frontalunterricht zu machen. Auch die Schüler sollten Methoden lernen, wie man richtig lernt. Mehr Praxisbezug, Bezug zur Arbeitswelt, die verstärkte Einbeziehung von schulfremden Personen wären unbedingt notwendig. Die Schule sollte offener werden. Auch eine andere Motivation der Schüler neben den Noten sollte man sich überlegen. Ich glaube nicht, daß Noten den

Kindern schaden, und ich bin sehr für die Beibehaltung des Notensystems, aber es muß doch andere Möglichkeiten auch noch geben, jemanden dazu zu bewegen, etwas zu tun.

"ZUR ZEIT SIND JA DIE LEHRER, DIE SICH FORTBILDEN, DIE DUMMEN."

Cornelia Breuß

CLU: Vor einigen Wochen wurdest Du von diversen Politikern heftigst attackiert, weil Du Dich gegen die Integration geistig Behinderter in die AHS ausgesprochen hast. Was hältst Du von der Behindertenintegration?

Cornelia: Die Reaktionen auf diese Aussage waren gewaltig. Ich wurde als FPÖ-Mitglied bezeichnet, und eine liberale Abgeordnete wollte mich sogar einsperren lassen. Tatsächlich wurde aus einer 1-seitigen Presseausendung dieser eine Satz herausgenommen. Prinzipiell bin ich für die Einbeziehung Behinderter, aber ich glaube, man muß genauer überlegen, was man machen möchte, und man muß die Voraussetzungen für eine Integration schaffen, die aber noch nicht geschaffen sind. In dieser Presseausendung meinte ich, daß die Integration geistig Behinderter in die AHS der heikelste Punkt ist. Vor allem haben die Behinderten sowieso einen eigenen Lehrplan. Warum müssen sie dann in die AHS? Aber vielleicht war es ein Fehler, meine Meinung zu sagen. Mehrere Minister stimmten mir zu, aber keiner sagt das in der Öffentlichkeit.

CLU: Was hältst Du von dem für die Schüler zuständigen Minister Busek?

Cornelia: Ich rege mich ziemlich auf, daß bei Busek immer seine Funktionen als Parteiobmann und Minister vermischt werden. Ich glaube, daß er sich im Schulbereich ziemlich viel traut und gute Sachen macht. Ich meine, daß es nicht gut wäre, wenn er zurücktreten würde. Er nimmt sich Zeit, uns Schülervetretern zuzuhören und scheint auch unsere Standpunkte

ernst zu nehmen, was im Gegensatz zu vielen anderen im Ministerium steht. Diese Kooperationsbereitschaft von Ministerseite gab es in den letzten Jahren sicher nicht. Ich verstehe die Forderung, daß Busek zurücktreten soll, auch deshalb nicht, weil ich mir überlege, was fordere ich, wenn er eine Idee hat, die wirklich das ganze Schulsystem extrem gefährdet? Die Rhetorik entspricht nicht ganz der Wirklichkeit.

CLU: Du hast Dich am Anfang des Schuljahres in diversen Tageszeitungen auch zu allgemein politischen Themen zu Wort gemeldet. Siehst Du es auch als eine Deiner Aufgaben an, sozusagen die Stimme der Schüler im politischen Geschehen zu sein?

Cornelia: Ich glaube, daß das sicher nicht meine Aufgabe ist. Es war auch ein Fehler, daß ich mich zum Beispiel für die Diskussionen im Standard verwenden ließ. Man muß da erst lernen, nein zu sagen. Die Spitze war ein Club 2, wo ich zwei Stunden gessen bin und mich gefragt habe, was ich da eigentlich mache. Das Thema hatte absolut überhaupt nichts mit Schule zu tun. Heute sage ich: Das ist ein Thema, zu dem ich mich nicht äußern möchte. Es ist viel wichtiger, im Kleinen zu schauen, daß etwas weitergeht.

CLU: Zum Abschluß noch eine persönliche Frage: Macht Dir Deine Arbeit als Bundesschulsprecherin eigentlich Spaß?

Cornelia: Es ist eine sehr interessante Arbeit und man hat die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, die man in der Schule nicht macht. Allerdings laugt es schon ziemlich aus, Bundesschulsprecherin zu sein. Fünf Jahre hielte man das sicher nicht aus. Aber ich kann jedem empfehlen, in der Schülervvertretung mitzuarbeiten, um auch zu zeigen, daß man auch Sinnvolleres tun kann, als mit Eiern und Tomaten zu werfen.

CLU: Vielen herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch mit Cornelia Breuß führte Robert Kert.

“Jetzt ist der Krieg vorbei!”

50 Jahre Zweite Republik. Für uns junge Menschen ist das beinahe eine Selbstverständlichkeit. Um einen Einblick zu erhalten, wie diese Republik wieder auferstanden ist, lassen wir am besten eine Zeitzeugin sprechen. Elfriede Blaickner, erste Frau im Vorarlberger Landtag, erzählt von den ersten Tagen, Wochen und Monaten des wiedererstehenden

Vorarlberg:

Mein Mann war im Krieg, und ich war mit meinen drei kleinen Kindern zu Hause. Am 1. Mai 1945 hörten wir, daß die Franzosen die österreichische Grenze überschritten hatten und in Bregenz waren. Wir feierten dieses Ereignis in unserer Wohnung als Ende des Krieges. In diesem Moment krachte es plötzlich schrecklich. Wir hatten keine Ahnung, was los war. Eine ebenfalls anwesende Dame hatte natürlich auch keine Ahnung, daß eine Granate auf ihr Elternhaus in Götzis abgegangen war und ihre Verwandten getötet hatte.

Der Einmarsch der Franzosen

Am 3. Mai marschierten die Franzosen in Feldkirch ein. Das größte Ereignis für mich war, als um halb zwei am Nachmittag auf einmal die Glocke im Katzenturm zu läuten begann. Seit dem Luftangriff am 1. Oktober 1943 war jedes Glockenläuten verboten gewesen. In dem Moment wurde mir bewußt: “Jetzt ist der Krieg vorbei!” Um halb vier rückten die Panzer mit Marokkanern ein. Da die Brücke in der Felsenau den Franzosen unmittelbar vor der Nase weggesprengt worden war, mußte der gesamte Zug in den Walgau und ins Montafon über die Letze ziehen, wodurch die Soldaten gereizt wurden. Das war etwas ungemütlich. Auf der Letze oben war in den letzten Kriegstagen noch ein Panzergraben aufgeschüttet worden,

der bis auf eine Breite von vielleicht sieben Metern fertig war. Über diese sieben Meter mußte das gesamte Militär in den Walgau. Im großen und ganzen ging der Einmarsch aber ruhig vor sich, außer daß einige Uhren abgenommen wurden und ein bißchen Radau gemacht wurde. Man hat sich aber nicht gefürchtet. In Dalaas gab es allerdings noch Schießereien, wo es auch Tote gab.

Die ersten Besatzungsabteilungen bestanden aus französischen Offizieren und marokkanischen Soldaten. Bei mir im Haus wohnte auch ein französischer Offizier. Er war Arzt und ein feiner Herr, aber er hätte nie etwas für die Kinder hergegeben, obwohl er viel mehr hatte als wir. Diese Zeit war geprägt vom Gefühl, daß nicht mehr Krieg war, was auch die Einstellung zu den Franzosen beeinflusste. Man sah sie als Befreier und war ihnen nicht feindlich gesinnt. Im Hof des Lehrerseminars bauten die Marokkaner einen Ofen auf, wo sie gelegentlich “zufällig gefundene” Schafe brieten. Sonst verlief aber alles recht ruhig.

Die französische Zivilverwaltung

Schlimmer wurde die Situation gegen Herbst, als ein Großteil des Militärs abgezogen wurde und eine französische Zivilverwaltung kam. Die Zivilverwaltung kam mit den Famili-

en, und sehr viele Wohnungen wurden - innerhalb von Stunden - beschlagnahmt. Die Leute bekamen in der Früh den Befehl, um zehn Uhr aus dem Haus zu sein, und sie durften nur Persönliches mitnehmen. Das war eine sehr ungute Situation, die vor allem Leute traf, von denen man den Franzosen sagte, sie seien Nationalsozialisten gewesen. Das Gebiet um unser Haus war fast zur Gänze französisch, da sich hier die SA-Siedlung befunden hatte. Diese Zeit war dann schwieriger, weil die Besatzungsfamilien ziemlich oft wechselten und sie aus den jeweiligen Häusern das mitnahmen, was sie brauchen konnten. Die Nächsten, die leere Wohnungen vorfanden, holten sich die Dinge wieder aus anderen Häusern. Zum Schluß wußte man in Feldkirch wirklich nicht mehr, welches Bett in welches Haus gehörte. Die Möbel wurden daher zum Teil rückwärts beschriftet, weil man damit rechnete, daß sie wandern würden.

Wir hatten Glück. Mein Bruder kannte zufällig einen der französischen Offiziere, der in Feldkirch war. Dieser stellte uns einen Schein aus, daß das Haus unter dem Schutz der Franzosen stand. Ich bekam daher keine Einquartierung, aber ich hatte den ganzen Dachboden voll mit Sachen, die Leute aus ihren Häusern zu mir gebracht hatten, um sie vor den Franzosen zu schützen.

Vorarlberger Verwaltung wird wieder selbständig

Schon Ende April, als man sah, daß der Krieg zuende gehen würde, fand sich eine Gruppe unter der Führung von Ulrich Ilg als Widerstandsbewegung zusammen, um eine regierungsfähige Gruppe zur Hand zu haben, wenn es soweit war. Am 24. Mai 1945 gab es bereits einen Landesausschuß, der sich den Franzosen vorstellte. Die Franzosen waren einverstanden, aber

es durfte ohne ihre Genehmigung gar nichts gemacht werden. Alles mußte den Franzosen vorgelegt werden.

Vorarlberg war im Deutschen Reich ein Teil des Gaus Tirol gewesen und hatte daher keine eigene Landesverwaltung. Deshalb war es wichtig, daß es den ersten Männern, die sich für Vorarlberg einsetzten, gelang, daß Vorarlberg wieder als eigenes Land anerkannt wurde. Das Wirken dieses Landesausschusses, der erst im Herbst zur Landesregierung wurde, wurde am Anfang von den Franzosen sehr genau beobachtet. Dem Geschick von Landeshauptmann Ulrich Ilg war es zu verdanken, daß er das Vertrauen der Franzosen gewinnen konnte und diese ziemlich schnell eine gewisse Selbständigkeit in der Vorarlberger Verwaltung zuließen. An eine einzige kritische Situation erinnere ich mich noch: In der Dunkelheit schoß ein Gendarm auf einen Mann, der trotz mehrmaliger Aufforderung nicht stehengeblieben war. Das war ein Marokkaner, und die Franzosen drohten, wieder Militär nach Feldkirch zu legen. Aber auch diese Angelegenheit konnte bald wieder bereinigt werden.

Alte Bundesverfassung wieder in Kraft

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg wollte man nach dem Zweiten Weltkrieg bei Wien bleiben. Man wollte Österreicher bleiben, aber ähnlich unabhängig sein wie die Bundesländer in Deutschland, was bis heute nicht ganz geglückt ist. Alt-Landeshauptmann Ilg hat mir noch gesagt: Es war für ihn die größte Freude, daß seine tagelange Reise nach Wien - man stand ja mindestens einen halben Tag an der Ennsbrücke - nicht umsonst war und sein Antrag, die alte österreichische Bundesverfassung wieder in Kraft zu setzen, angenommen wurde. Damit waren wir wieder neun Bundesländer wie vorher.

Was für Feldkirch interessant ist: Das Gebäude der Landesregierung in Bregenz war von den Franzosen beschlagnahmt. Die ersten Regierungssitzungen fanden daher am Jahnplatz in Feldkirch statt, wo jetzt die Pfadfin-

der sind. Die ersten Kanzleien der Landesregierung waren in der Schmiedgasse in der alten Handelskammer. Erst als die Franzosen der Regierung vertrauten, gaben sie das Regierungsgebäude zurück. Im Herbst 1945 fanden die ersten Wahlen statt. Damals wählten 52.000 Frauen und 25.000 Männer, denn die eingeschriebenen Nazis durften nicht wählen, die anderen waren noch in Kriegsgefangenschaft, sodaß die Frauen doppelt so viel Stimmen hatten wie die Männer. Die Volkspartei erhielt 70% der Stimmen, die Sozialisten 30%, eine andere Partei gab es noch nicht.

Das Kritischste war von Anfang an die Ernährungsfrage. Das Versorgungssystem war völlig zusammengebrochen. In den letzten Kriegstagen hatte man noch den Befehl an die Geschäfte ausgegeben, alle vorhandenen Vorräte auszu- teilen, damit sie nicht den Franzosen in die Hände fielen. Ein bißchen Vorrat war also noch vorhanden. Dann kam aber eine Zeit, wo alles recht knapp war. Man mußte zum Beispiel Brot mit Dörrobst strecken. Später halfen die Franzosen mit Mehllieferungen aus und nahmen dafür die Milchprodukte bei uns in Anspruch.

Der Zusammenbruch des Versorgungssystems

In den ersten Mai-Tagen 1945 appellierte Ulrich Ilg bereits an alle Bauern, bei der Versorgung zu helfen und Grundstücke, die sie selber nicht bewirtschaften konnten, als Schrebergärten den Leuten zur Verfügung zu stel-



Elfriede Blaickner ist 1904 geboren, hat drei Söhne und lebt in Feldkirch-Tisis. Bis 1945 und auch noch nach dem Krieg war sie Hauptschullehrerin. Von 1949 bis 1971 war sie in der Gemeindevertretung in Feldkirch tätig. 1959 zog sie als erste Frau in den Vorarlberger Landtag ein, wo sie bis 1974 Abgeordnete der ÖVP war.

len. Die Leute begannen, selbst Gemüse anzubauen. Und dann tauschte man. Schwarzhandel mit hohen Preisen wie in Wien gab es hier nicht. Bis Ende 1947 gab es Lebensmittelkarten. Für vier Wochen erhielt man 400 g Fleisch, 500 g Fett, 320 g Käse, 600 g Nahrungsmittel, 500 g Zucker, 100 g Salz, Brot und Mehl nach Aufruf. Was man sonst noch brauchte, wurde verlautbart. Eier gab es keine, die Hühner hielt man sich selbst.

Kleider und Schuhe gab es überhaupt nicht. Es war einfach nicht da. Irgendwie versuchte man, etwas zu bekommen. Ich hatte einen Maisacker. Mit dem Maismehl tauschte ich im Bregenzerwald Schafwolle ein. Mit der Schafwolle kaufte ich in Schruns

Stoff. Dabei zahlte man natürlich drauf. Aber es reichte gerade wieder für einen Mantel für einen der Buben. Es gab hier also überhaupt nichts. Als das französische Militär abzog, konnte man Militärgüter - Decken, Schlafsäcke, Handtücher - kaufen. Eine Katastrophe war auch die Heizung, es gab überhaupt keine Heizmittel. Auf der Gemeinde erhielt man Klaubscheine, um dann mit den Kindern im Wald Tannenzapfen und Fallholz sammeln zu können.

Hilfe aus der Schweiz

Die Situation wurde in dieser Zeit für Vorarlberg dadurch besser, daß in Bregenz der damalige Schweizer Konsul Bitz und der erste Landeshauptmann Ulrich Ilg mit der Schweiz ein Abkommen schlossen, daß Grenzgänger in der Schweiz arbeiten durften, das Einkommen in Franken bekamen sie aber in Schilling in Vorarlberg ausbezahlt. Das verdiente Geld wurde zu allererst dazu benützt, in der Schweiz Medikamente und Kindernährmittel zu kaufen. Das war das Notwendigste, weil es völlig fehlte. Nachdem diese ersten Bedürfnisse befriedigt waren, wurden Rohstoffe für die Vorarlberger Industrie gekauft, vor allem Garne für die Textilindustrie. Lange Zeit erhielten die Grenzgänger nur einen kleinen Teil ihres Gehalts in Franken, den Rest in Schillingen. Dadurch kam auch die Vorarlberger Industrie wieder in Bewegung.

Die Schweizer halfen uns auch, indem sie im Jahre 1946 viele tausend Vorarlberger Kinder in die Schweiz kommen ließen. Meine Söhne fuhren auch. Es war eine ziemlich komplizierte Sache, Pässe, Gesundheits-scheine etc. zu bekommen, aber diese drei Monate in der Schweiz taten den Kindern wirklich gut.

Es war natürlich immer eine Spannung da zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten. Am Kriegsende nahmen sich einige Nazis das Leben. Als die Franzosen kamen, konnten es einige Leute nicht unterlassen, vermeintliche oder wirkliche Nationalsozialisten den Franzosen bekanntzugeben. Diese kamen in Lager

in Brederis, Lochau und Bludenz. Sie wurden einige Monate von den Franzosen festgehalten, wurden entnazifiziert und einige Jahre von den Ämtern ausgeschlossen. Allerdings durften die Angehörigen sie besuchen und Lebensmittel hinbringen. Da mein Vater und mein Bruder auch unter den Nationalsozialisten eingesperrt waren, kam man auch zu uns und fragte, wer es damals war. Wir antworteten: "Ja, wir wissen es, aber wir sagen keine Namen." Bis heute haben wir nie einen Namen genannt. Wir waren froh, daß der Krieg zuende war. Das andere war für uns vorbei.

Das Ende der Besatzung und der Staatsvertrag

Die Besatzung durch die Franzosen hörte in Vorarlberg etwas früher auf als in anderen Bundesländern. Der Grund dafür war, daß ab 1953 die Besatzungsländer ihre Truppen selbst zahlen mußten. Das war für Briten und Amerikaner keine Frage, die Russen hielten sich schadlos an den österreichischen Fabriken, die Franzosen aber hatten keine Mittel, um so viele Leute zu zahlen. So zogen schon 1953/54 fast alle Franzosen aus Vorarlberg ab. Dadurch normalisierte sich dann das Leben. Es hatte sich nie ein besonders herzliches Verhältnis zu den Franzosen entwickelt. Man blieb auf Distanz, es gab aber auch wenig Übergriffe, außer daß die Wohnungen ausgeräumt worden waren. Da war teilweise absolut nichts mehr vorhanden! Das kann man sich nicht vorstellen. Das Land gewährte den Betroffenen eine Unterstützung, damit sie das Notwendigste kaufen konnten.

Der Staatsvertrag wurde in Vorarlberg natürlich auch gefeiert, aber er bedeutete nicht diese Erlösung wie in Wien. Wir litten nicht so unter der Besatzung wie die Wiener unter den Russen. Zur Zeit des Staatsvertrags waren die Franzosen ja schon weg. Die Freiheit wieder zu haben, war aber etwas, was einen zutiefst bewegt hat.

Bearbeitung der mündlichen Erzählungen:
Robert Kert

50 Jahre danach

50 Jahre nach dem Kriegsende findet der Washington-Korrespondent des CLUniers, Stefan Tiefenthaler, im weltbekannten Wall-Street-Journal vom 14. Februar 1995 auf Seite 1(!) und 16 einen zweiseitigen Artikel über Vorarlberg. Neben allgemeinen Beschreibungen über Vorarlberg ist der Beitrag ein Streifzug durch Vorarlbergs renommierte Betriebe. Die folgenden kurzen Ausschnitte sollen verdeutlichen, wohin sich Vorarlberg seit 1945 entwickelt hat: zur Vorreiter-Region Europas.

"BREGENZ, Austria - Asia is ascendant. American industry is lean and potent. And Europe is commonly viewed as a lost continent of high costs, high unemployment and meddling governments. For another perspective, drive down the A14-Autobahn here in Austria's Rhine Valley, near the German and Swiss borders. This 50-kilometer stretch is lined with evidence of an reawakening, of growing strength in European industry." [...]

"All these factors are evident here in Austria's Rhine Valley, where each village has its church steeple, its castle and its factory. The valley has few large companies, but a booming small-business sector, with three industrial parks serving as incubators. One in Goetzis, formed in 1988 from a bankrupt textile factory, now houses 104 businesses, a third of them start-ups, that employ 650 workers. In all, Vorarlberg has added 759 businesses since 1988, a 10% increase in the valley's total.

The 325,000 people in the region are independent and industrious - a local saying is *schaffa, schaffa, husle baua* - "work, work, build your own house." Viennese taunt their workaholic countrymen with the phrase, but locals don't mind." [...]
Wall-Street-Journal, 14. Feb. 1995, p. 1

Bleiben Föderalismus und direkte Demokratie Stiefkinder unserer Bundesverfassung?

von Bundesratspräsident Jürgen Weiss

Während der Nationalrat im österreichischen Verfassungsrecht eine außerordentlich starke Stellung hat, sind die Mitwirkungsrechte der Landtage und der Gemeinden einerseits und der Bürger andererseits schwach ausgeprägt. So sind beispielsweise die Landtage vor Bundeseingriffen in ihre Gesetzgebungszuständigkeiten nur durch das Zustimmungsgeschäft des Bundesrates geschützt, ohne daß dessen Mitglieder ihrem Landtag gegenüber verantwortlich wären. Von den 14 Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes werden lediglich drei über Vorschlag der Länder (des Bundesrates) bestellt. Das Finanzausgleichsgesetz, der finanzielle Lebensnerv der Länder und Gemeinden, kann vom Nationalrat ohne Veto des Bundesrates mit einfacher Mehrheit verändert werden. Soweit nicht gerade, wie beim EU-Beitritt, eine Gesamtänderung der Bundesverfassung ansteht, findet eine Volksabstimmung nur dann statt, wenn es der Nationalrat beschließt. Nicht einmal eine Volksbefragung kann von den Bürgern selbst verlangt werden.

Dieses immer wieder Konflikte auslösende Mißverhältnis wird durch den Beitritt Österreichs zur EU noch deutlicher sichtbar. Die Länder haben daher bereits vor dem EWR-Abkommen eine grundlegende Staatsreform mit folgenden Zielen genannt:

- Stärkung der Landtage an Stelle weiterer Einschränkungen;
- Abbau von Bevormundungen in der Bundesverfassung und mehr Spielraum für eigenständige Lösungen;
- Dezentralisierung von Verwaltungszuständigkeiten.

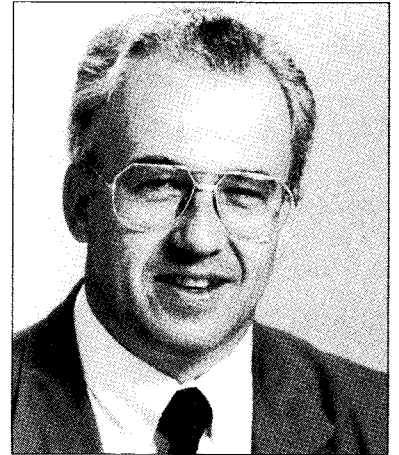
Bis zur EU-Volksabstimmung, für die man die Länder ja brauchte, mach-

te die SPÖ gute Miene zu dieser ungeliebten Reform. Nach zahlreichen Verzögerungen und Verwässerungen wurde vor der Volksabstimmung noch rasch eine Regierungsvorlage beschlossen, die Umsetzung aber zuerst über den Sommer und dann über die Nationalratswahl hinausgeschoben. Inzwischen hatten die Regierungsparteien die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit verloren und der Preis der SPÖ, der Grünen und des Liberalen Forums für die Zustimmung wurde so hoch, daß die Länder letztlich auf das sich abzeichnende Danaergeschenk verzichteten. Größere finanzielle Belastungen und weniger Eigenständigkeit als vereinbart wurden zu Recht abgelehnt.

Wie geht es nun weiter?

Wie geht es nun weiter? Die Länder werden versuchen, mehr Bürgernähe in der Bundesverfassung und in der Verwaltung schrittweise in kleineren Paketen durchzusetzen. Es wird von der Gemeinsamkeit und dem Durchsetzungswillen der Länder abhängen, ob sie damit Erfolg haben werden. Daß weder die Staatsreform noch ein Ausbau der direkten Demokratie im Arbeitsprogramm der Regierungsparteien aufscheinen, erleichtert dieses Vorhaben allerdings nicht. Andererseits ist die Budgetmisere des Bundes (die Zinsen für die alten Schulden können nur mit neuen Schulden bezahlt werden!) ein wichtiger Verbündeter geworden. Ohne eine schlankere Zentralverwaltung und Dezentralisierung, schlankere Bundesgesetze und mehr Spielraum für die Länder wird bei den Bürgern - im wahrsten Sinn des Wortes - kein Staat mehr zu machen sein.

Mehr Bürgerrechte und mehr Länderrechte sind aber nicht allein wichtig, sie stehen auch in einem untrennbaren Zusammenhang. Umso mehr Rechte die Länder und Gemeinden haben, umso stärker können sie auf einer Ebene, auf der das noch überschaubar funktioniert, auch die Bürger daran beteiligen.



Bundesratspräsident
Jürgen Weiss

Nicht zuletzt sollten Antworten auf den angesichts der Veränderungen in Europa immer stärker werdenden Wunsch der Bürger, sich wieder mehr in ihre eigenen Angelegenheiten mischen zu können, nicht den populistischen Verheißungen einer "dritten" Republik überlassen bleiben. Ich stelle mich aber auch gegen alle anderen Entwicklungen, die die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien unserer Republik überwinden könnten. Das gilt auch für die Sorge, daß wir ohne Gegensteuerung als Mitglied der Europäischen Union in eine dritte Republik anderer Art hineinwachsen könnten, in der es weniger statt mehr Bürgerrechte in der Gesetzgebung, in der es weniger statt mehr Dezentralisierung nach unten und in der es weniger statt mehr Eigenständigkeit der Länder und Gemeinden gibt.

Jürgen Weiss, WSB, war von 1979 bis 1990 Bundesrat, dann von 1990 bis 1994 Föderalismusminister. Derzeit ist er Präsident des österreichischen Bundesrates (seit 1. Jänner 1995).

"Dritte Republik" des starken Mannes?

von Dr. Ulrich Nachbaur

Haiders "Dritte Republik" ist in aller Munde. Welche Veränderungen unseres demokratischen Regierungssystems der Bundesobmann der Freiheitlichen konkret vorschlägt, ist wenig bekannt. Als sachlichen Beitrag zur Diskussion wollen wir uns auf die Frage der Gewaltenteilung bzw. Gewaltentrennung zwischen Parlament, Bundesregierung und Staatsoberhaupt konzentrieren, ohne die Konsequenzen zu bewerten.

Grundlage dieser vergleichenden Analyse ist ein "FPÖ-Konzept für eine föderalistische und direktdemokratische Gesamterneuerung der Bundesverfassung", das F-Obmann Haider im Dezember 1993 präsentierte. (1) Dieses Konzept ist zwar nur bruchstückhaft und mehr thesenartig, es ist aber immer noch das konkreteste Papier, das Haider bislang vorgelegt hat. (Wir versuchten genauere Unterlagen von den Freiheitlichen zu erhalten, warteten aber leider vergeblich darauf. - Anm. d. Red.) Als Ausgangspunkt der Überlegungen wird die Politische Vereinbarung über die Neuordnung des Bundesstaates bezeichnet, das "Perchtoldsdorfer Übereinkommen", das die Bundesregierung und Landeshauptleutekonferenz am 8.10.1992 paktiert haben. (2) Entsprechend werden hauptsächlich Vorschläge für mehr Eigen- und Mitverantwortung der Länder unterbreitet. "Darüberhinaus sollen Maßnahmen zum Ausbau der direkten Demokratie, des Rechtsstaates und der Kontrollrechte

und -organe sowie zur Stärkung der Garantien der Verfassung vorgeschlagen werden." (3)

Gewaltentrennung

Die Vorschläge zur "direktdemokratischen Gesamterneuerung" beschränken sich auf eine vage und sehr allgemeine Absichtserklärung zur Erweiterung und Neuregelung der Mitwirkungsrechte des Bundesvolkes an der Gesetzgebung und Vollziehung des Bundes. Dafür birgt das FPÖ-Konzept Vorschläge für gravierende Veränderungen der Gewaltbalance zwischen Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt.

Das Lehrbuch: "Der allgemeine Gedanke der Gewaltentrennung liegt in der Forderung, daß die Möglichkeit politischer Machtausübung nicht in einer Hand vereinigt, sondern auf verschiedene Kräfte verteilt sein sollen, die einander gegenseitig limitieren und kontrollieren. Diese Forderung

geht von der Erwartung aus, daß der einzelne und gesellschaftliche Gruppen auf diese Weise wirksam gegen Willkür und Übergriffe von seiten politischer Machttäger geschützt werden können. Das Grundprinzip der Gewaltentrennung liegt also im Gedanken der Machtaufteilung im Interesse des Freiheitsschutzes." (4) Im folgenden geht es um Fragen der Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung (Parlament) und Verwaltung (deren oberste Organe der Bundespräsident und die Bundesregierung sind). - Werfen wir zunächst einen Blick auf die verfassungsrechtliche Entwicklung.

1920: Parlamentarische Demokratie

1920 entscheiden sich die Gründerväter des republikanischen Bundesstaates Österreich für ein klares parlamentarisches Regierungssystem. (5) Die Bundesregierung wird von der Mehrheit des Nationalrats gewählt und ist dem Nationalrat politisch verantwortlich. Versagt der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch eine mehrheitliche Entschließung das Vertrauen, hat sie der Bundespräsident ihres Amtes zu entheben.

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung geheim gewählt, die Nationalrat und Bundesrat gemeinsam bilden. Die Funktion des Staatsoberhauptes ist auf repräsentative und notarielle Aufgaben beschränkt. Eine politische Verantwortung des Bundespräsidenten verbunden mit der Möglichkeit einer Abwahl ist nicht vorgesehen. Staatsrechtlich (für eine schuldhafte Verletzung der Bundesverfassung) hätte sich allerdings auch der Bundespräsident vor dem Verfassungsgerichtshof zu verantworten; ein verurteilendes Erkenntnis müßte auf Amtsverlust lauten. (6)

1929: In Richtung Präsidentschaftssystem

1929 wird dieses parlamentarische Regierungssystem in Richtung eines

präsidentiellen Regierungssystems veränder. (7) Die Bundesregierung wird nicht mehr vom Nationalrat gewählt, sondern ohne Mitwirkung des Parlaments vom Bundespräsidenten ernannt. Bei der Ernennung des Bundeskanzlers ist der Bundespräsident an keinen Vorschlag gebunden, die Ernennung der übrigen Regierungsmitglieder erfolgt auf Vorschlag des Bundeskanzlers. Der Bundespräsident kann die Bundesregierung unabhängig vom Parlament auch wieder entlassen. Die Entlassung einzelner Bundesminister erfolgt auf Vorschlag des Bundeskanzlers. Den Bundeskanzlers selbst oder die gesamte Regierung kann das Staatsoberhaupt entlassen, ohne an irgendeinen Vorschlag gebunden zu sein. Daneben steht allerdings auch dem Nationalrat weiterhin das Mißtrauensrecht zu; die Möglichkeit, durch Mehrheitsbeschluß die Amtsenthebung der Bundesregierung oder einzelner Regierungsmitglieder zu erzwingen.

Der Bundespräsident wird nicht mehr von der Bundesversammlung (von Nationalrat und Bundesrat gemeinsam) gewählt, sondern direkt vom Volk. (8) Allerdings kann er nun durch Volksabstimmung auch vorzeitig abgesetzt werden.

Durch diese Stärkung der Funktion des Bundespräsidenten sollte der Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung besser entsprochen werden. Vor allem sollte auch die Bundesregierung vom Parlament mit seinen unsicheren und wechselnden Mehrheiten unabhängiger werden. Damit wurde in einer autoritären Phase fast exakt das deutsche Modell der Weimarer Verfassung übernommen. (9)

Zweite Republik: Parlamentarische Demokratie mit präsidentiellem Einschlag

Bei der Wiedergründung Österreichs 1945 wurde das Bundes-Verfassungsgesetz wieder in dieser Fassung von 1929 in Kraft gesetzt. Hingegen sollte bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 nach den

schlechten Erfahrungen mit der präsidentiellen Weimarer Republik ein strikt parlamentarisches Regierungssystem verwirklicht werden. (10)

Österreichs Regierungssystem wird verfassungsrechtlich häufig als "abgeschwächtes Präsidenschaftssystem" bezeichnet. Der bisherigen Praxis der Zweiten Republik kommt aber wohl die Charakterisierung als "parlamentarische Demokratie mit präsidentiellem Einschlag" näher.

Bloße Statisten waren die Bundespräsidenten allerdings schon bisher nicht. Auch haben bereits die sozialdemokratischen Bundespräsidenten Theodor Körner 1953 und Adolf Schärf 1959 durch ihr vorbeugendes Veto einer kleinen Koalition zwischen ÖVP und dem Wahlverband der Unabhängigen (WdU), der braunen Vorgängerpartei der FPÖ, einen Riegel vorgeschoben. Aufgrund der Fraktionsvielfalt und Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat wird dem Bundespräsidenten bei künftigen Regierungsbildungen (mit)entscheidendes Gewicht zukommen. (11)

Haiders Modell einer "Dritten Republik"

Welches Modell schlägt Haider für seine "Dritte Republik" vor? - Das FPÖ-Konzept:

"1. Bundespräsident: Der Bundespräsident soll zu seinen protokollarischen Funktionen der Repräsentation des Bundes und des Gesamtstaates tatsächliche Kompetenzen als oberstes Vollzugsorgan bekommen. Er sollte den Vorsitz im Ministerrat führen, ohne daß er einem eigenen Ressort vorstehen darf. Ferner sollte er mit einer Richtlinienkompetenz für die Bundesregierung ausgestattet werden. Der Bundespräsident sollte dem Wahlvolk und dem Parlament gemeinsam politisch und rechtlich verantwortlich sein. Hiezu sollen sowohl die Anklage vor dem Verfassungsgerichtshof als auch die Einleitung einer Volksabstimmung zur Absetzung des Bundespräsidenten weiterhin möglich sein. Für den Antrag auf Volksabstimmung muß aber ein qualifiziertes Beschlußprogramm in beiden Kammern erreicht werden. Durch

die gestärkte Position des Bundespräsidenten wird die Funktion des Bundeskanzlers entbehrlich, weshalb dieses Amt ersatzlos abgeschafft werden sollte.

2. Bundesregierung: Der Ministerrat soll zusammen mit dem Bundespräsidenten die Bundesregierung bilden. Die Zahl der Bundesminister soll durch Verfassungsbestimmung feststehen, wodurch die geplante Reduktion der Bundes-Zentralverwaltung ganz klar zum Ausdruck kommt. Zu denken wäre etwa an höchstens sieben Minister. (12) Die Bundesminister würden nicht mehr durch den Bundespräsidenten ernannt, sondern werden über Vorschlag der Abgeordneten vom Nationalrat gewählt und sind dadurch diesem politisch verantwortlich. Die Funktion des Ministeramtes sollte jede andere politische Funktion ausschließen, somit auch die Zugehörigkeit zum Parlament. Jeder Bundesminister hat zumindest ein Ressort - aufgrund einer ausdrücklichen Verfassungsbestimmung - zu führen. Das Beistellen von Staatssekretären ist nur in der Form gestattet, daß leitende Beamte des jeweiligen Ministeriums eine solche unselbständige Regierungsfunktion ausüben dürfen." (13)

Eigenartige Konstruktion ohne Beispiel

Eine eigenartige Konstruktion: Auf der einen Seite würde die Gewaltentrennung zwischen Parlament und Regierung gelockert, auch die Wahl der Bundesminister wäre wieder in der Kompetenz des Nationalrats (wie vor 1929). Gleichzeitig würde aber auch eindeutig der präsidentielle Charakter verstärkt, indem das Staatsoberhaupt selbst die Führung der Regierung übernehme und damit der Regierungschef dem Parlament nicht mehr politisch verantwortlich wäre.

Als Regierungschef wäre der Bundespräsident wohl ein Stück weit der politischen Kontrolle durch das Parlament unterworfen, insbesondere dem Interpellations- und Untersuchungsrecht der Abgeordneten (wenngleich auch diese insofern eingeschränkt wären, als der Bundespräsident als Regierungschef kein Ressort haben dürfte). Das stärkste politische

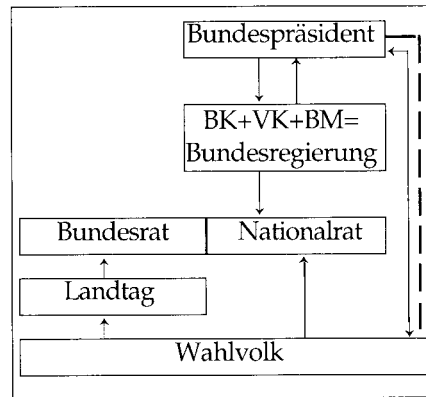
Kontrollrecht aber, das Mißtrauensvotum - Kennzeichen einer parlamentarischen Demokratie - würde dem Parlament gegenüber dem Regierungschef künftig verweigert.

Der Bundespräsident soll weiterhin direkt vom Volk gewählt werden und auch weiterhin nur vom Volk abgewählt werden können. Die Vorentscheidung über eine Absetzung des Bundespräsidenten trifft allerdings bereits jetzt das Parlament. Derzeit genügt für die Durchführung einer entsprechenden Volksabstimmung ein einfacher Mehrheitsbeschluß der Bundesversammlung, die zu diesem Zweck aber nur mit Zweidrittelmehrheit des Nationalrats einberufen werden kann. (14) Eine Sperrminorität im Nationalrat kann eine Absetzung des Bundespräsidenten also auf jeden Fall verhindern. (15)

Nach dem FPÖ-Konzept soll die Durchführung der Volksabstimmung über die Absetzung des Bundespräsidenten nur noch möglich sein, wenn sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat diesen Antrag mit qualifizierter Mehrheit unterstützen. Das ist aus föderalistischer Sicht plausibel, konsequenterweise müßte dann aber auch die Wahl der Minister (wie in der Schweiz) und das Mißtrauensvotum in die Kompetenz der Bundesversammlung fallen. Im Ergebnis würde mit dem F-Vorschlag durch eine zweite Sperrminorität im Bundesrat die Möglichkeit des Parlaments erweitert, eine Abwahl zu verunmöglichen. (16)

Der Bundespräsident wäre als Regierungschef aber nicht nur dem parlamentarischen Mißtrauensvotum entzogen, er soll darüberhinaus noch mit einer Richtlinienkompetenz ausgestattet werden. Die Mehrheit des Nationalrats könnte wohl Bundesminister ihres Vertrauens wählen, die allerdings der Richtlinienkompetenz des Regierungschefs (Bundespräsidenten) unterliegen, der nicht das Vertrauen der Mehrheit genießen muß.

Derzeit ist nur eine einmalige Wiederwahl des Bundespräsidenten möglich. Auf die Frage der begrenzten Amtszeit geht das FPÖ-Konzept ebenso wenig ein, wie auf die Frage der



Parlamentarische Demokratie mit präsidentiellem Einschlag (B-VG 1920/29)

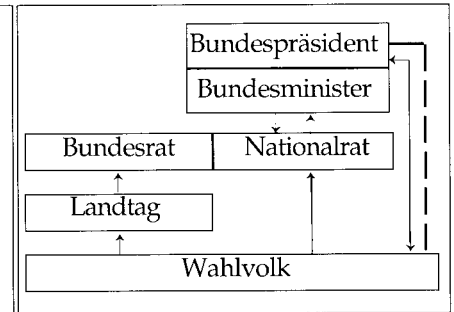
Stellvertretung. (17)

Nicht nach "Schweizer Muster"

Für Haiders Modell der "Dritten Republik" gibt es in der demokratischen Staatenwelt kein Beispiel. Es ist nicht vergleichbar mit dem Präsidialsystem "Marke USA". (Zumindest noch nicht.) In den USA ist das Staatsoberhaupt nicht Regierungschef, sondern einziger Träger der Regierungsgewalt; sein Kabinett hat beratenden Charakter.

Haider weist gerne auf die Schweiz als Vorbild für seine "Dritte Republik" hin. Inwieweit er direkt-demokratische und föderalistische Strukturen ähnlich den eidgenössischen schaffen möchte, ist bisher unbeantwortet. Im übrigen erschöpfte sich die Gemeinsamkeit darin, daß der Vorsitzende der eidgenössischen Regierung ebenfalls die Bezeichnung "Bundespräsident" führt.

Das Schweizer Regierungssystem ist (derzeit einzigartig) ein Direktorialsystem. (18) In parlamentarischen und parlamentarisch-präsidentiellen Demokratien ist die Regierungsgewalt zweigeteilt zwischen Staatsoberhaupt und Regierung (dualistische Systeme). Im Direktorialsystem der Schweiz gibt es wie beim Präsidialsystem der USA nur einen Träger der Regierungsgewalt (monistisches System), mit dem Unterschied, daß es in den USA eine Einzelperson ist, in der Schweiz hin-



Haiders Modell einer "Dritten Republik"

gegen ein Direktorium aus mehreren Personen, der "Bundesrat".

Haiders Modell der "Dritten Republik" wäre eine eigenartige Mischform. Ihre Regierung wäre insofern noch dualistisch organisiert, als die Bundesregierung nicht gleichzeitig Staatsoberhaupt wäre. Gleichzeitig wäre aber das Staatsoberhaupt Regierungschef, was in parlamentarisch-präsidentiellen Systemen bisher ohne Beispiel ist.

Der US-Präsident trifft Entscheidungen ausschließlich allein (monokratisch), der eidgenössische Bundesrat ausschließlich gemeinsam (kollegial). In parlamentarischen und parlamentarisch-präsidentiellen Demokratien entscheidet das Staatsoberhaupt monokratisch, die Regierungen (unterschiedlich gewichtet) sowohl monokratisch als auch kollegial.

In Österreichs Bundesverfassung ist das (monokratische) "Ministerialsystem" vorgesehen, die grundsätzliche Alleinkompetenz der Ressortminister, während das Kollegialprinzip nur für die Fälle gilt, in denen die Bundesregierung per Gesetz ausdrücklich zur gemeinsamen Entscheidung verpflichtet ist. In der Theorie bliebe dem Kanzler in diesem System nicht viel mehr als der Vorsitz im Ministerrat. In der Praxis freilich kommt auch dem österreichischen Regierungschef eine dem internationalen Standard entsprechende Führungsrolle zu. In Zeiten von Koalitionsregierungen werden die Koordinationsaufgaben (wie anderswo auch) mehr von einem Koalitionsausschuß wahrgenommen.

Die verfassungsrechtliche Verankerung einer Richtlinienkompetenz

des Kanzlers ist diskutabel. Auch der deutsche Bundeskanzler verfügt über eine Richtlinienkompetenz ("Kanzlerprinzip"). (19) Er hat sich aber selbstverständlich dem (konstruktiven) Mißtrauensvotum des Bundestages zu stellen.

Genau das Gegenteil

Eine Richtlinienkompetenz für ein Regierungsmitglied ist das genaue Gegenteil des Schweizer Modells. Der eidgenössische "Bundespräsident" ist nur federführender Vorsitzender und Vertreter eines völlig gleichberechtigten Direktoriums, ist nur primus inter pares. Und dieses kollegiale Direktorialsystem gilt genauso auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Sämtliche Mitglieder von Gemeinde- und Kantonsregierungen werden direkt vom Volk gewählt, die Mitglieder des eidgenössischen Bundesrates hingegen ausschließlich vom Parlament, von der Vereinigten Bundesversammlung (von Nationalrat und Ständerat gemeinsam). Die sieben Bundesräte werden alle vier Jahre gewählt; korrekter: für vier Jahre in ihrem Amt bestätigt. Aus dem Kreis der Bundesräte wählt die Bundesversammlung jährlich einen (anderen) "Bundespräsidenten". Dieses Rotationsprinzip gilt auch für die kantonale und kommunale Ebene.

Der Schweizer Bundesrat ist traditionell eine ausgesprochene Proportions- und Konzentrationsregierung. Seit 1959 wird er nach der "Zauberformel" (20) aus den Reihen von vier Parteien bestellt, denen regelmäßig über drei Viertel der Abgeordneten in beiden Kammern angehören! Das Parlament hat kein Mißtrauensvotum, kein Mitglied des Bundesrates kann vorzeitig abgewählt werden, auch nicht vom Volk. Auch in der Praxis ist eine weitgehende Gewaltentrennung verwirklicht. Es ist nicht selbstverständlich, daß die Parlamentsmehrheit der Linie "ihres" Bundesrates folgt. Kein Parteipräsident sitzt im Bundesrat. Hat der Bundesrat (kantonale Regierungsrat, Gemeinderat) in der Sache einmal entschieden - wenn auch nur mehrheitlich -, dann müssen diese

Entscheidung alle Regierungsmitglieder gemeinsam vertreten und gemeinsam für sie haften; auch jene, die dagegen gestimmt haben.

Die Schweizer Konkordanzsystem ist mit der österreichischen Konkurrenzdemokratie nicht vergleichbar, und schon gar nicht mit Haiders "Dritter Republik".

P.S.: Auch die Schweizer diskutieren und ringen seit Jahrzehnten um eine Totalreform ihrer Bundesverfassung.

- (1) Freiheitlicher Pressedienst, APA-Originaltext-Service OTS088 und OTS095 1993-12-21.
- (2) Abgedruckt in: Institut für Föderalismusforschung in Innsbruck: 17. Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich (1992). Wien 1993, S.199-204.
- (3) FPÖ-Konzept, OTS088 1993-12-21.
- (4) Ludwig K. Adamovich/Bernd-Christian Funk: Österreichisches Verfassungsrecht. Wien-New York, 1982, S.64.
- (5) Gesetz vom 1.10.1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz), BGBl 1/1920, besonders Art. 60-78.
- (6) B-VG Art. 142. Eine Anklage ist möglich durch Beschluß der Bundesversammlung mit 2/3-Mehrheit.
- (7) Zweite Bundes-Verfassungsnovelle vom 7.12.1929, BGBl 1919/392, besonders Art. 60-78.
- (8) 1951 sollte der Bundespräsident (Theodor Körner) erstmals direkt gewählt werden.
- (9) Im Unterschied zum österreichischen B-VG sah die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 (Weimarer Verfassung) vor allem große Möglichkeiten zur plebiszitären Mitbestimmung der Gesetzgebung vor. In der Weimarer Republik entschied der Reichstag allein über die Durchführung einer Volksabstimmung zur Absetzung des Reichspräsidenten, ohne Mitwirkung des Reichsrates (Länderkammer). Die Amtszeit des Reichspräsidenten dauerte 7 Jahre. Vor allem aber kam dem Reichskanzler auch eine Richtlinienkompetenz zu.
- (10) Die Bundesminister werden (wie nach der Weimarer Verfassung) auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen. Der Bundeskanzler wird aber nicht mehr vom Bundespräsidenten frei ernannt, sondern vom Bundestag gewählt, und kann vom Bundespräsidenten nur aufgrund eines konstruktiven Mißtrauensvotums des Bundestages entlassen werden. Der Bundespräsident wird nicht direkt vom Volk, sondern von der Bundesversammlung auf Zeit gewählt und kann nicht mehr abgewählt werden. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt

werden. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949, besonders Art. 54-69.

(11) 1920 bis 1994 waren nie mehr als 4 Parteien (Fraktionen) im Nationalrat vertreten. Das Ergebnis der letzten NR-Wahlen der I. Republik 1930: 72 Sozialdemokraten, 66 Christlichsoziale, 19 Großdeutsche, 8 Heimwehler. Z.Vgl. die NR-Wahl 1994: 65 SPÖ, 52 ÖVP, 42 FPÖ, 13 GAL, 11 LF. Zweierkoalitionen sind rechnerisch nur noch möglich zwischen SPÖ-ÖVP, SPÖ-FPÖ und ÖVP-FPÖ.

(12) Haider fordert immer eine Reduzierung der Mitglieder der Bundesregierung auf 7 Mitglieder (nach Vorbild des Schweizer Bundesrates). Nach dem FPÖ-Konzept würde die österreichische Bundesregierung künftig aus 8 Mitgliedern bestehen (aus dem Regierungschef ohne Portefeuille und 7 Ressortministern).

(13) FPÖ-Konzept, OTS095 1993-12-21.

(14) B-VG Art. 60 Abs. 6. Zusätzlich muß bei der Abstimmung mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als Wiederwahl des Bundespräsidenten und hat die Auflösung des Nationalrats zur Folge.

(15) Seit 1990 verfügt nur mehr die SPÖ allein über die Sperrminorität von 62 Mandaten. Mandatsstand aufgrund der NR-Wahlen vom 8.10.1994: SPÖ 65, ÖVP 52, FPÖ 42, Grüne 13, LF 11.

(16) Im Bundesrat würden derzeit die ÖVP und die SPÖ über diese Sperrminorität verfügen. Derzeitiger Mandatsstand (seit Oktober 1994): ÖVP 27, SPÖ 25, FPÖ 12.

(17) Derzeitige Regelung: Zur Vertretung des Bundeskanzlers als Regierungschef ist gemäß Art. 69 Abs. 2 B-VG der vom Bundespräsidenten ernannte Vizekanzler berufen; sind Bundeskanzler und Vizekanzler gleichzeitig verhindert, betraut der Bundespräsident ein Mitglied der Bundesregierung mit der Vertretung. - Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt wird gemäß Art. 64 B-VG bei einer kurzfristigen Amtsverhinderung von maximal 20 Tagen durch den Bundeskanzler vertreten, für den Fall einer längeren Verhinderung oder der dauernden Amtserledigung durch die drei Präsidenten des Nationalrats als Kollegialorgan.

(18) Die folgende Unterscheidung nach der Struktur der Exekutive folgt Georg Brunner: Vergleichende Regierungslehre. Bd 1. Paderborn-München-Wien-Zürich 1979, S.259-285.

(19) Grundgesetz Art. 65: "Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. (...) - Identisch mit Art. 56 der Weimarer Verfassung.

(20) Christlichdemokratische Partei (CVP) 2, Freisinnig-demokratische Partei (FdP) 2, Sozialdemokratische Partei (SP) 2, Schweizerische Volkspartei (SVP) 1.

Der Bundespräsident als Wirklichkeit der Möglichkeit

von Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Der Bundespräsident soll nach Meinung mancher stark, aktiv und dynamisch sein.

Was heißt stark?

Stark kann der Bundespräsident aufgrund der Bundesverfassung sein. Er hat wie sonst niemand eine besondere Legitimation durch Volkswahl. Er ist praktisch unabsetzbar. Er ernennt ohne Vorschlag irgendeiner Seite den Bundeskanzler und über dessen Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre. Er ist an den Vorschlag des Kanzlers nicht gebunden, er kann sogar von sich aus Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung ausüben. Er kann Regierungspersonalpolitik machen.

Er kann bei der Regierungsbildung auch auf die Regierungserklärung einwirken. Er kann ihre Inhalte dem Bundeskanzler vorgeben. So kann er von vornherein die Richtung der künftigen Regierung bestimmen: Er kann Regierungspolitik machen.

Da er den Kanzler und die gesamte Regierung auch ständig entlassen kann, müssen sie ständig von seinem Vertrauen getragen sein. Sie sind ihm gegenüber auch politisch verantwortlich und sie können von ihm ständig kontrolliert werden. So kann er die Richtung der jeweiligen Regierung nicht nur am Anfang, sondern auch bis zu ihrem Ende bestimmen.

Die Bundesregierung bedarf nicht von vornherein des Vertrauens des Nationalrats. Die Bundesregierung hat sogar das Recht und die Pflicht, so lange zu regieren, solange ihr der Nationalrat nicht das Mißtrauen ausspricht. Das macht auch den Bundes-

präsidenten gegenüber dem Nationalrat stark, ganz abgesehen davon, daß er diesen über Vorschlag der Regierung auflösen kann.

Was heißt aktiv?

Die Bundespräsidenten haben sich bisher in der Zweiten Republik nur ausnahmsweise aktiv verhalten. Sie haben den Regierungsparteien viel Aktions- und Spielraum gelassen. Das entsprach der Zweiparteienherrschaft. Diese bildete zusammen mit ihren Konnex- und Komplementärorganisationen, insbesondere den Großverbänden und deren Partnerschaften die Realverfassung. Ihre normative Kraft war groß. Sie war so groß, daß man vergaß, welche Verfassungsorgane es außer den beiden großen Parteien noch gibt. Parlament, das heißt National- und Bundesrat, Bundesminister, Bundesregierung, Bundespräsident und Verfassungsgerichtshof usw. - sie alle schienen mehr oder weniger Instrumente der zwei Großparteien zu sein. Sie waren es auch.

Nunmehr ist die Realität eine andere. Man spricht von Erosion, Destabilisierung, Pluralisierung. Das Recht wirkt stärker auf die Realität ein als früher, die Verfassung wirkt stärker auf die Politik ein: Ein Fünfparteiensystem, ein Pentagon der Parteien, ein Mehrparteiensystem eigener Art ist entstanden. Man spricht von "Normalisierung". Das ist insofern richtig, als eine Verfassung mit einem Verhältniswahlssystem regelmäßig ein Mehrparteiensystem zur Folge hat. Diese faktische Kraft der Verfassung entwickelt eine neue Realität. Sie teilt sich nach und nach den politischen Institutionen mit. Manche werden schwächer, manche stärker. Der Bundesprä-

sident kann durch diese Entwicklung stärker, aktiver, dynamischer werden. Wenn die führenden Parteien kleiner werden, sich kein Parteiführer auf die Mehrheit stützen kann, kein Parteiobermann "Leadership" realisiert, dann kann der Bundespräsident vom ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht zum dynamischen Element werden. Sein Amt kann von einer Nebenrolle zu einer Hauptrolle im politischen Prozeß werden. Manchmal, häufig, immer.

Thomas Klestil bereitete sich darauf vor. Er ließ sich beraten, Gutachten wurden erstellt, er wollte zu vielem sein Rufzeichen setzen. Er wollte mehr und anders sein als seine Vorgänger.

Andere Akteure der Politik ließen diesen Rollenwandel nicht zu. Es war nicht nur der Bundeskanzler, der gegen einen Rollentausch "Aktivkönig wird Passivkönig" "Passivkönig wird Aktivkönig" war und ist. Vor allem die politischen Akteure der SPÖ waren überwiegend und wiederholt gegen ein "(Hinein)Regieren des Bundespräsidenten".

Aber nicht nur die mandatsstärkste Gruppe des Parlaments hat gegen einen aktiven Bundespräsidenten mobil gemacht. Auch von der ÖVP wurde er nicht immer und bei jedem Versuch, ein neues Amtsverständnis zu zeigen, unterstützt. Schließlich waren - abgesehen von der FPÖ - die Oppositionsparteien vehement gegen den Rollenwandel. Durch diese heterogene Opposition entstand ein Widerstand gegen den Rollenwandel und erst recht gegen einen Rollentausch. Die sogenannte "Ampelkoalition" formierte sich gegen den Bundespräsidenten. ÖVP und FPÖ ihrerseits wurden keine Koalition für den Bundespräsidenten. Sie agierten, wenn überhaupt, je für sich für ihn. Die Massenmedien waren überwiegend gegen den Rollenwandel.

Durch seine privaten Probleme ist der Bundespräsident möglicherweise gehemmt, möglicherweise auch nicht mehr von der großen Mehrheit getragen, die ihn seinerzeit gewählt hat. Befragungen ergaben überdies, daß

nur eine Minderheit für eine Mehrung seiner Möglichkeiten ist, und daß man ihn eher zum "Repräsentieren als zum Regieren" will.

Das alles heißt freilich nicht, daß er nicht von seinen verfassungsgesetzlich gewährleisteten Befugnissen Gebrauch machen darf. Aber manches hält ihn zurück, manches hindert ihn sogar. Ob er "ein Kann mit neuen Qualitäten" (Nenning) wird, muß derzeit bezweifelt werden.

Bisher hat der Bundespräsident - ein Spezialist der Außenpolitik - zwar auf einigen Gebieten der Innenpolitik gepunktet, so hinsichtlich der Staatspersonalpolitik, insbesondere im Schul- und im Justizbereich. Er hat

das "Sparpaket" der Koalition im Zuge der Regierungsbildung unterstützt. Aber er hat bei dieser selbst nicht oder zu wenig auf weniger Minister und Staatssekretäre Wert gelegt. Er hätte auf diese politische Symbolik des Sparens beim Regierungspersonal achten können. Immer wieder erwartet man Signale mit Vor- und Fernwirkung. Aber er tat es zumindest öffentlich nicht. Möglicherweise schlägt dem Bundespräsidenten bald die Stunde der Regierungsbildung, der Zusammensetzung der Regierung, des Regierungsprogramms.

Auch wenn er in Reserve steht, muß er in Bereitschaft sein. Aber noch sind wir von einem Präsidialismus

weit entfernt. Ja, es scheint so zu sein, daß die Versuche des Bundespräsidenten, aktiver und dynamischer zu werden, als Gegenbewegung den Parlamentarismus stärker werden ließen. Die Wirklichkeit ist nach Nestroy immer das schönste Zeugnis für die Möglichkeit. Die Möglichkeiten des Parlaments wurden bei der neuen Wirklichkeit sichtbarer als früher. Aber auch die Möglichkeiten des Bundespräsidenten.

Prorektor Ord. Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Manfred Welan, F-B, ist Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität für Bodenkultur in Wien und Autor des Buches "Der Bundespräsident: kein Kaiser in der Republik".

Dipl.Ing. Friedrich Amann, CLF, Rg
HR Mag. Dr. Otto Amon, AGP
Dr. Paul Baumgartner, MSB
Ing. Josef Begle, TUM
Dr. Günter Benzer, R-B
Dir. Karl Hermann Benzer, R-B
Pfr.i.R. Emanuel Bischof, CLF
OMR Dr. Leopold Bischof, R-B

Dr. Sven Hartberger, TKW, CLF
Dr. Mag. Rüdiger Heller, AIN
Dr. Kurt Hickl, VBW, Dan
Dr. Johannes Hurch, FRL
Dr. Ludwig Jira, OCW, NGL
Dr. Bernhard Jochum, SOB
Prof. Mag. Werner Jochum, SOB
Hilde Kaliwoda

Berti Müller
Dir. Dr. Peter Müller, R-D
Dr. Edwin Oberhauser, AIN
Dr.med. Josef Oppitz, TGW, AIn
Dr. Hermann Pichler, Le
Präs.i.R. HRDDR. Peter Pichler, RGI
OAR Johann Pribas, BBK, GOA
Priorat Mehrerau
Dipl. Ing. Josef Pritzl, TRN
Kr. Helmut Puchebner, FRW
Franz Pusitz, BBN
Dr. Wolfram Reiner, ABB
LSI Mag. Ferdinand Reitmaier, HET
Dir.i.R. Dr. Siegfried Rettmeyer, CIK
Hans Reutterer, RGW
Karl L. Roithinger, RGR
Dipl.Ing. Wolfgang Rusch, CLF
Johann Salomon, KRW
KAD i.R. Dr. Hans Santer, CLF
ORR. Dr. Otto Schinko, NBK
Reg.Rat Heinrich Scholz, RNW
Reg.Rat Othmar Schromm, ADW
Dr. Bernhard Schuchter, BES
Dipl.Ing. Peter Schwanda, FRW
Dr. Walter Simek, ARK, WI
OSR. Prof. Walter Sohm, BBN
Dr. Erich Somweber, CLF, Alp
Dr. Anton Sutterlüty
LPR a.D. Josef Thoman, REI, Le
Dipl.Ing. Ernst Tisch, CLF
Pfr. Josef Toriser, WMH
Dr. Ferdinand Trunk, CLF, Vi
Dr. Martina Türtscher, CLF
Dr. Rainer und Maria Wachter
Dr. Helmut Wagner, KRW
Thomas Walter, JDW
BR Jürgen Weiss, WBS
Prof. Mag. Karl Wohlgenannt, Le
Friedrich Zacke, AGS
HR i.R. Ing. Viktor Zemen, KRW
Ing. Johann Zimmermann, BLW

SPEN *der*

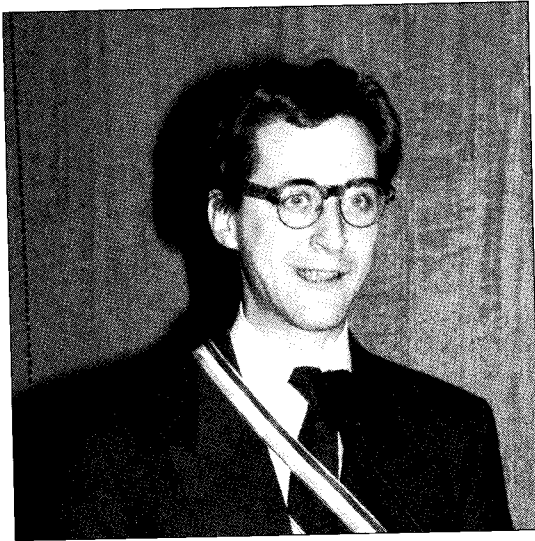
Ing. Alois Brugger, ABI
Dir. Mjr. Armin Brunner, WSB
Franz Buchar, TKW
Dr. Ernst und Edith Dejaco, CLF
Markus Dejaco, CLF
Uwe Eglau, M-D
MR Dr. Ernst Elsässer, KBB, WSB
Reg.Rat Dr. Franz Ender, AIN
Dr. med.univ. Kurt Ender, Le
Dr. Rigobert Engljähringer, CLF
Anton Felder, KBB
LT-Abg. Otto Fend
Dir. Walter Friedrich, CII
Herbert Fritz, TRW
Dr. Elmar Futmeister
Dr. Herbert Fürnkranz, ARH
Prof. Mag. Dr. Walter Gächter, Le
HR Dipl.Ing. Robert J. Gala, ABI
MR Dr. Herbert Gattringer, CLF
Albert Gisinger
SR Franz Golmejer
Willi Hagleitner

Dir. Dipl.Ing. Hermann Kert, Baj
Brigadier Roman Köchl, KRW
OStR. Prof. Heinrich Kolussi, BOW
Komm.Rat Ludwig Kunmann
LT-Abg. Günter Lampert, CLF
Dr. Helmut Längle, Rb, AAB
Dr. Wolfgang Leichtfried, KBB
DKfm. Dr. Fritz Lengheim, KRW
Gerald Loacker, SID
Univ.Prof. Dr. Gert Mähr, Rt-D
Dr. Peter Bodo Mähr, SOB
Mag. Peter A. Marte, CLF
Gerhard Mathis, Vi
Dr. Wolfgang Matt, CLF
Dr. Gottfried Mazal, CHK
Prof. Franz Michal, FRW
Dr. Mag. Egon Michler, BBW
BM Dr. Alois Mock, Nc, WSB
Pfr. Heinrich Morscher, CLF
Niki Morscher, BES
Em. Univ.Prof. Dr. Robert Muth, Le

Demokratie mit Hirn

von Dr. Sven Hartberger

In einem überaus anregenden Gespräch über Stadtentwicklung und Städteplanung sagt mein Gesprächspartner ansatz- und übergangslos: „Man darf die Demokratie ja auch nicht überfordern“.



Für Demokratie mit Hirn:
Dr. Sven Hartberger v. Karajan

Drei Tage nach dieser Unterhaltung bin ich in Deutschland. Bei der Lektüre verschiedener dort erscheinender Tageszeitungen kristallisiert sich als Hauptthema der BRD bald das folgende heraus: Eine Frau Schüller, ehemalige Spitzensportlerin, Ärztin und zuletzt Buchautorin, Mittvierzigerin, hat in Deutschland flächendeckende Empörung provoziert durch folgende in ihrem jüngsten Buch erhobene Forderung: Man werde gelegentlich vorurteilsfrei und emotionslos darüber zu diskutieren haben, wie die Diktatur der Alten über die Jungen aufgehoben werden könne. Diese Diktatur ergebe sich daraus, daß die Alten eine zahlenmäßige Mehrheit darstellen, daher in der Demokratie immer das geschehe, was die Alten wollen, sodaß die Jungen stets unter-

drückt seien und nie eine Chance hätten, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen Jungen und Alten werde sich aus den bekannten Gründen (steigende Langlebigkeit/Rückgang der Geburtenrate) weiter verschärfen. Es müsse daher endlich auch einmal über den Entzug des Stimmrechts für Menschen ab einer bestimmten Altersgrenze diskutiert werden.

Zwei bemerkenswerte Gedanken: Die Möglichkeit einer Überforderung der Demokratie und die Beschränkung des Stimmrechts auf Grund persönlicher Eigenschaften. Um diese beiden Gedanken möchte ich meine Überlegungen zur Teilnahme der Bevölkerung an der staatlichen Willensbildung gruppieren. Der dritte Teil enthält dann eine Conclusio mit Vorschlägen.

1. Die Überforderung der Demokratie

Der Gedanke der Demokratie ist eigentlich nicht leicht zu überfordern, weil er in Wahrheit keinen sehr weitreichenden Inhalt hat. Es handelt sich im wesentlichen nur um die Teilnahme des Staatsvolkes an der sogenannten staatlichen Willensbildung. In den meisten Fällen westlicher Demokratien wird das so verstanden, daß das Staatsvolk bestimmen darf, welche politische Gruppierung (Partei) bestimmen darf, welche Personen in den kommenden vier bis sechs Jahren das Land regieren sollen.

Die Demokratie an und für sich ist weder gut noch schlecht, sie sichert weder Gerechtigkeit noch Humanität, weder Wohlstand noch Sicherheit. Sie ist ihrem Wesen nach nicht notwendig besser oder gerechter organisiert

als eine Diktatur (zB der Vatikanstaat) oder eine Oligarchie. Zur Illustration dieser Feststellung rufe ich kurz das folgende ins Gedächtnis:

a) Hitler und die übrigen Nazi-bestien sind durch demokratische Wahl in Deutschland an die Macht gekommen.

b) Es waren vollkommen undemokratische Mittel, mit denen Hitler und die übrigen Nazibestien wieder aus ihren Staatsämtern entfernt worden sind. Sie sind nämlich einfach weggebombt worden.

Die Demokratie ist sofort überfordert, wenn ihr zugesonnen wird, auch für eine gerechte, soziale und humane Ordnung der Dinge zu sorgen. Sie ist ferner dann überfordert, wenn dem Bürger Entscheidungen über komplexe und komplizierte Fragen aufgebürdet werden, die er mangels ausreichender Kenntnis über die Materie gar nicht treffen kann. In Fällen derartiger „Volksbeschlüsse“ ist es keineswegs so, daß die Entscheidungsgewalt in besonders wichtigen Fragen der Bevölkerung zurückgegeben wird. Die Wahrheit ist, daß die Regierung in solchen Fällen abdankt, und die Staatsgewalt vorübergehend an Marketingstrategen devolviert, die für entsprechende Vota zu sorgen haben.

Eigentlich sind Volksentscheide regelmäßig eine Katastrophe. Die Leute stimmen über Dinge ab, von denen sie nicht die geringste Ahnung haben. Die meisten Menschen interessieren sich überhaupt nicht für die komplizierte Aufgabe der Regierung eines Staates, sie haben keine Idee von den Aufgaben einer Regierung, sie wissen nichts über Funktion und Wirkungsbereich von National- und Bundesrat, und sie wollen es auch nicht wissen. Am Wahltag aber lieben sie es, „Denkzettel“ auszuteilen. Leichte Beute widerwärtiger Demagogen macht die Mehrheit, deren einzige Legitimation darin besteht, daß sie eben die Mehrheit ist, die Schicksale von Staaten und Völkern zum Spielball ihrer Launen und ihres Gutdünkens. Die Geschichte hat dafür übergenug Belege. Mommsen zeigt gleich im ersten Band seiner „Römischen Geschichte“ wie

die republikanische Mehrheit den Staat in die fatalen Punischen Kriege hetzt, denen nicht nur die Blüte der römischen Jugend und zeitweise fast der gesamte Senat zum Opfer fallen, sondern auch eine der blühendsten und hervorragendsten Kulturen der Antike, das alte Karthago.

In seiner Verteidigungsrede hat Sokrates sehr stringent dargelegt, daß es nachgerade absurd ist, alle Menschen an der Führung der Staatsgeschäfte teilnehmen zu lassen. Er zeigt, wie abwegig es ist, wenn die Menschen glauben, weil sie tüchtige Dichter, Handwerker, usw. seien, und in ihrem Fach viel wissen, müßten sie auch alles übrige gleich gut verstehen, auch das Wichtigste. Niemand käme auf den Gedanken, er könne in der Pferdezucht, der Tischlerei oder irgendeiner sonstigen Kunst etwas Rechtes leisten, wenn er nicht durch entsprechende Anstrengung eine einschlägige Kenntnis und Bildung sich erworben habe. Umgekehrt glaubt aber jeder Pferdezüchter oder Tischler, weil er auf seinem Gebiet eine tüchtige Kraft sei, müsse er auch bei der Staatsführung kräftig mitreden.

Ich sehe es an mir selbst: Ich bin ein bißchen Jurist, habe mich eine zeitlang in der Geschichte umgetan, und bin im übrigen ein Theatermensch. Wenn man mich einlädt, ich solle entscheiden, ob in Österreich Atomreaktoren in Betrieb gehen sollen (- wie vor etlichen Jahren geschehen -) fühle ich mich vollkommen überfordert und auch verhöhnt. Ich weiß nichts darüber und kann mich in der verfügbaren Zeit auch nicht hinreichend kundig machen, um seriöser Weise eine gute Entscheidung in einer solchen Frage zu treffen. - Wenn ich mich vollends gelegentlich in politische Debatten auf der Straße einlasse, wie ich es zuletzt anlässlich des widerwärtigen Haider-Volksbegehrens gegen Mitbürger ohne österreichischen Staatsbürgerschaftsnachweis über einen Zeitraum von 14 Tagen täglich vier Stunden lang getan habe, wird mir ganz schwindlig, wenn ich erkenne, auf welch absolut unsinnige und verdrehte Überzeugungen eine gewaltige Zahl von Menschen ihre demokratischen

Entscheidungen gründet: Daß zuviele Menschen in Österreich leben; daß nicht genug Getreide wachse, um alle zu ernähren; daß nur noch "Ausländer" Gemeindeforderungen bekämen; daß wir alle Muslime werden müßten; ja sogar, daß das Wiener Kanalisationssystem die Menge der Fäkalien, die von den "Ausländern" ausgeschieden würden, nicht bewältigen könne: Nichts davon habe ich erfunden. Es ist die treue Wiedergabe vollkommen gefestigter Überzeugungen, die den Menschen durch nichts auszureden waren, und es sind exakt jene Überlegungen, nach denen sie von ihrem demokratischen Stimmrecht zur Entscheidung einer Sachfrage Gebrauch machen.

Fazit: Die Demokratie ist überfordert, sobald der Volksmehrheit sinnvolle Entscheidungen in Sachfragen abverlangt werden. In Wahrheit ist die Demokratie auch überfordert, wenn von ihr erwartet wird, daß durch gleichmäßige Befragung aller Personen, deren einzige Qualifikation darin besteht, daß sie achtzehn oder mehr Jahre lang gelebt haben, die zur Regierung eines Staates geeignetsten Personen ausgemittelt werden könnten. Diese Hypothese ist mehrfach theoretisch und empirisch widerlegt, sie ist somit in Wahrheit nicht einmal mehr eine Hypothese, sondern eine Fiktion.

2. Kein Stimmrecht für Alte

Frau Schüller, die eine Diskussion über die Frage, ob man nicht alten Menschen das Stimmrecht entziehen solle, angeregt hat, mußte sich sehr schnell auf eine kleine, verkürzte Verteidigungsposition zurückziehen: Sie habe an Menschen gedacht, die kaum mehr ihrer Sinne mächtig seien, die völlig unter dem Einfluß von Pflegern stünden, etc. Kurz: eigentlich hat sie widerrufen und sich auf den Punkt zurückgezogen, daß Personen, die nur bedingt zurechnungsfähig sind, nicht wählen sollten.

Unbemerkt ist in den Entrüstungsstürmen aber ein interessanter Aspekt ihres Vorschlags geblieben: Kann eine Altersgrenze sinnvoller Weise über-

haupt als einziges (oder zumindest: hauptsächliches) Kriterium für die Gewährung des Stimmrechts herangezogen werden?

Demokratie ist die Diktatur der Mehrheit. Man soll sich dabei beruhigen. Wenn die Alten in einer Demokratie die Mehrheit bilden, haben sie eben die Entscheidungsgewalt. Aus.

Was ich als leidlich junger Mensch fürchte, ist gar nicht die Diktatur der Alten, deren Lebenserfahrung, Weisheit und in vielen Fällen erworbene Güte und Milde ich schätze und ehre. Was ich fürchte, ist die Diktatur der Trottel.

Ich glaube, daß die Demokratie eine sehr geeignete Form zur gerechten, sozialen und friedvollen Lenkung eines Gemeinwesens wäre, wenn das Kriterium zur Teilnahme an ihr sich nicht auf stumpfsinnige, formale und eher zufällige Aspekte beschränkte, wie es Altersgrenzen sind.

Ich halte den Gedanken, man solle Menschen, die zB das 75. Lebensjahr vollendet haben, einfach aus diesem (- und keinem anderen Grund -) das Stimmrecht entziehen, für stumpfsinnig. Darin werde ich mit den meisten Menschen übereinstimmen. Ich sehe aber auch nicht ein, warum derselbe Gedanke, von der anderen Seite her gedacht, plötzlich plausibel sein sollte: Ich halte nämlich auch den Gedanken, man solle Menschen, die zB das 18. Lebensjahr vollendet haben, einfach aus diesem (- und keinem anderen Grund -) das Stimmrecht gewähren, für stumpfsinnig.

3. Demokratie mit Hirn

Auch in Österreich werden die Dinge komplexer, komplizierter und unüberschaubarer. Über die Schwierigkeit von einzelnen Sachfragen will ich hier nicht im Detail handeln, nur ein ganz kleiner Hinweis für eigene Denkaufgaben: Wer von uns hat auch nur die leiseste Ahnung davon, welche Auswirkung für unser Land ein Beitritt/Nicht-Beitritt zur EU innerhalb der kommenden 5, 10 oder 30 Jahre haben wird? - Entschieden haben wir's aber alle.

Es gibt aber schon auf viel früherer Stufe Probleme, die es nahelegen, über geeignete Partizipationsformen für ein demokratisches System nachzudenken. Auch in Österreich verändert sich die Parteienlandschaft. Nicht nur sind mehr politische Gruppierungen in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten als je zuvor in der 2. Republik. Es ist auch so, daß nicht bei jeder dieser Gruppierungen Vertrauen in ihre Treue zum demokratischen, republikanischen und liberalen Prinzip im Sinn der österreichischen Bundesverfassung angebracht scheint. Auch die jüngere Geschichte Österreichs zeigt, daß sich Wahlerfolge durch Demagogie und offene Lügen erzielen lassen, daß die österreichische Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form also leicht mißbrauchbar ist. Das verlangt nach Mechanismen, die solchen Mißbrauch verhindern.

Als künftiges Modell für die Teilnahme an der staatlichen Willensbildung schlage ich daher neben dem ersten (untergeordneten) Kriterium des Mindestalters, als zweites (wesentliches) Kriterium den Nachweis der Stimmqualifikation vor.

Zu diesem Zweck wird so vorgegangen:

1.) Es werden dreitausend einfache Fragen über das politische System Österreichs, aktuelle Fragen der Innenpolitik, aktuelle Fragen der EU-Politik und eventuell ein paar sehr markante Wirtschaftsdaten ausgearbeitet. Dieser Fragenkatalog wird vom Nationalrat (2/3-Mehrheit) mitsamt Antworten (multiple choice System) beschlossen. (Beispiele: 1.) Aufgabe des Bundespräsidenten ist es a) die Gesetze zu beschließen; b) die Rechtmäßigkeit der Gesetze zu bestätigen; c) das rechtmäßige Zustandekommen der Gesetze zu beurkunden. oder: 2.) Der Prozentsatz von Gemeindewohnungen in Wien, die Ausländern zugewiesen wurden, beträgt derzeit a) 0,5%; b) 5%; c) 20%; d) 50%. oder 3.) Im weltweiten Vergleich gehört Österreich a) zu den 10% der Staaten mit der geringsten Arbeitslosigkeit; b) liegt im Mittelfeld; c) gehört zu den Staaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit).

2.) Alle dreitausend Fragen werden zusammen mit den korrekten Antworten (ua natürlich im Bundesgesetzblatt, weil sie ja vom Nationalrat beschlossen wurden) veröffentlicht. Jeder, der sich interessiert, kann sich also informieren, und die Kenntnisse, die er zur sinnvollen Ausübung seines Stimmrechts ohnehin haben müßte, also allenfalls auf diesem Weg "nacherwerben".

3.) Jeweils fünf dieser Fragen werden (per Zufallsgenerator) auf die Kuverts für die Stimmzettel aufgedruckt. Jedes Kuvert hat andere Fragenkombinationen. - Die Wahlkommissionen überprüfen die Antworten. Sind nicht zumindest drei der fünf Fragen korrekt beantwortet, wird das Wahlkuvert ungeöffnet samt Stimmzettel weggeworfen.

Auf diese Weise wird gewährleistet, daß Menschen, die sich für Zustand und Schicksal ihres Landes, für

die Vorgänge und Gegebenheiten in ihrem Staat überhaupt nicht interessieren und auch keine Ahnung davon haben, von seiner Lenkung ferngehalten werden. Gleichzeitig wird der Spielraum jener, die Lüge und haltlose Demagogie zum Mittel ihrer Politik machen, extrem verengt. Kurz: Der Zugriff der Trottel auf die Staatsführung wird eingeschränkt. - Wenn das geschehen ist, kann man das Staatsvolk sinnvoller Weise auch über Sachfragen abstimmen lassen.

Die künftigen Partizipationsformen in der Demokratie müssen an sachlicher Qualifikation anknüpfen: Demokratie mit Hirn. Wer keinen Führerschein hat, darf kein Auto lenken. Das ist gut so, weil alles andere gefährlich wäre.

Dr. Sven Hartberger, TKW, CLF
ist promovierter Jurist und Direktor
des Wiener Operntheaters.

Kultur

**„Große Künstler sind
die einzigen Reichen,
welche ihr ganzes
Glück mit uns teilen.“**

August Pauli

*Wir sprechen
Ihre Sprache*

T i o l e r  Sparkasse

Auf der Schwelle in eine neue Zeit

Menschenbild und Demokratie

10 Thesen von Mag. Boris Marte

„... von der Festlegung der Schwellenorte kann die Zeichnung der gesamten Grundrisse ausgehen; mit ihnen als den Grenzlinien deutet sich die ursprüngliche Anordnung eines Baus oder auch eines ganzen Dorfes an.“

Peter Handke, *Der Chinese des Schmerzes*.

“Der normale Zustand der Atmosphäre ist die Turbulenz.“

Hans Magnus Enzensberger, *Die große Wanderung* 33 Markierungen.

Einleitung

Was ist der Mensch? Erlauben Sie mir, daß ich zu dieser Frage nicht als philosophischer Anthropologe und auch nicht als Naturwissenschaftler oder Theologe zu Ihnen spreche, sondern aus der Sicht eines politisch denkenden Menschen, der ich eben bin und der sich so seine Gedanken macht.

Was ist der Mensch? Warum gerade jetzt diese Frage? Martin Buber hat darauf hingewiesen, daß die anthropologische Frage der Geschichte immer dann aufbricht, wenn der Mensch seine bisher gesicherte Heimat und Geborgenheit verliert, wenn ihm seine Welt und seine eigene Stellung in der Welt fragwürdig werden. Dann wird er gedrängt zur Frage nach sich selbst, nach seinem Wesen und dem Sinn des Daseins.

Wenn sich ein Politiker daran macht, das sich ständig wandelnde Menschenbild zu definieren, dann hat dies methodische Konsequenzen. Er

sieht den Menschen nicht isoliert als reines Subjekt im Sinne des Rationalismus (Descartes) oder des Idealismus (Kant bis Hegel). Der Mensch kommt vielmehr konkret als “Mensch in seiner Welt” in das Blickfeld der Diskussion. E. Husserl spricht von der “Lebenswelt”, Martin Heidegger vom “In-der-Welt-Sein” als Grundverfassung des Daseins.

Für den politisch denkenden Menschen wird die Welt als konkreter und geschichtlicher Verständnishorizont zu einer anthropologischen Kategorie. Zum besseren Verständnis des Menschen entwickeln wir eine Phänomenologie der Welt. Genau dies wird die Methodik meiner Ausführungen zum Menschenbild darstellen. Selbst- und Weltverständnis stehen nicht in reinem Subjekt-Objekt-Gegensatz zueinander, sondern bilden eine dialektische Einheit, deren Grundstrukturen freigelegt werden müssen.

Ich darf daher zur Rekonstruktion des modernen Menschenbildes ein Bouquet von 10 Thesen anbieten, die in ihrem Zusammenspiel die Frage nach dem neuen Menschenbild an- und überschaubar machen sollen. Thesen, die eine Diskussion über Menschenbilder berücksichtigen sollte. Diese 10 Thesen sind als voneinander unabhängige Beobachtungen zu begreifen.

Zuerst aber lassen Sie mich ein bißchen in die Rolle eines römischen Mosaikkünstlers aus Ravenna schlüpfen, der im Sinne von Hegels “Die Zeit in Gedanken fassen” mit vielen

kleinen Steinchen seinen inneren Bildern über die Welt zum Ausdruck verhilft:

Die Welt sind wir alle

Die Welt ist kleiner geworden. Hochtechnologische Kommunikationssysteme einschließlich 500 Satelliten machen die gesamte Erde von allen Teilen aus verfügbar. Die Welt ist in die Ferne gerückt. Die alltägliche Konfrontation mit Informationsflüssen überfordert die Verarbeitungskapazitäten des Einzelnen und führt zur innerlichen Abschottung. In den letzten Jahren hat sich die Welt verändert wie schon lange nicht mehr. Allein in den vergangenen 18 Monaten sind 21 neue Staaten entstanden. Ein Großteil davon in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs.

Der Boden, auf dem das internationale Gleichgewicht festgemacht war, ist unberechenbar ins Rutschen gekommen. Sicherheitskonzepte müssen überdacht werden. Gerade für Österreich ist ein hohes Maß an Investition in eine neue sicherheitspolitische Ära notwendig.

Der Zusammenbruch des Kommunismus veränderte nicht nur die Geographie, sondern auch die Lebenseinstellung seiner ehemaligen Gegnerschaft. Auch für sie ist eine Legitimationsquelle für Gesellschaftsprogramme abhanden gekommen. Ein Stück Unterbewußtsein, welches erhalten mußte für allerlei Verdrängen, ist schmerzlich in die Erinnerung der westlichen Demokratien zurückgekehrt. Geschichtsbücher werden aus dem Archiv geholt. Die Geographie wird entpolitisiert und paßt sich realen Gegebenheiten an. Bürgerkrieg, Nationalismus und Armut lassen europäische Institutionen in ihrer Reaktionsfähigkeit schlecht aussehen.

Europa vor neuen Aufgaben

Unsere Wahrnehmung der Welt ist eurozentriert. Europa ist aber nur ein Standpunkt von vielen. Wissenschaftlich im Lebenszugang, technisch im Lebensvollzug und universalistisch in der Lebensethik, entwickelt dieses Eu-

ropa gegenüber seinen näheren und ferneren Nachbarn Arroganz und Intoleranz; Europas Glaubwürdigkeit als vorbildliches Zivilisationsmodell ist erschüttert. Davon sind auch die im Begriffshof "Europa" wohnenden Werte der Menschenrechte und Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und liberalen Gesellschaftsordnung betroffen.

Dem techno-ökonomisch aufrechten Gang entspricht eine geduckte Haltung in der Menschlichkeit. Nicht Aufstieg und Wohlstand, sondern Verfall und ökologische Zerstörung und kulturelle Degeneration bestimmen heute den Alltag von Dreifünftel der Menschheit. Das einst in Europa ersonnene Modell der Zivilisation hat sich zwar als konkurrenzlos dynamisch und erfolgreich erwiesen, doch für die Gestaltung der Zukunft ist es nicht geeignet. Unser Wohlstand war nicht gratis. Er ging auf Kosten von anderen. Die Gleichung der Zukunft läßt sich nicht mehr so einfach machen. Die Anzahl der Variablen ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Orientierungen und Konzepte, die sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt haben, erweisen sich als wertlos. Gelähmt wie ein Kaninchen vor der Schlange sind Europa und seine Institutionen in eine Hypnose verfallen, deren Wirkung noch anhält.

Sie wird so lange anhalten, solange die Logik der Integration eine überwiegend ökonomistische sein wird. Europa rechtfertigt sich gegenüber seinen Bürgern und gegenüber der restlichen Welt vornehmlich durch Wohlstandsvermehrung und Wirtschaftswachstum. Die Investitionen in neue Technologien sollen die Preise senken und damit die Märkte sichern. Die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gegenüber Japan und den USA steht auf dem Spiel. Geopolitik ist passé. Jetzt ist die Rivalität zwischen den Nationen geökonomisch. In ihrer mildesten Form drückt sich die Geoökonomie im Wettlauf um das höchste Bruttosozialprodukt und um die stärkste Währung aus. In ihrer schärfsten Form bedeutet Geoökonomie einen offenen Kampf um wirtschaftliche Vormacht. Diese Spirale

führt nach unten.

Europa wird aber immer mehr politisch gefordert. Politisch wird dieses Europa aber nur dann, wenn es sich seines Selbstverständnisses als Wertegemeinschaft verstärkt bewußt wird. Europa wird nur sein, wenn es ein "Europa des Geistes" (Julien Benda) wird, und diesem Verständnis gemäß seinen Auftrag im Dienste der Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit gerecht wird. Denn in der Festschreibung der kommenden Weltordnung, wie sie sich jetzt schon abzeichnet, wird es Verlierer geben. Mehr als je zuvor. Schon jetzt stellt Jean Baptist Metz die Frage: "Gibt es indes nicht zweierlei Menschenrechte in der heutigen Weltpolitik?" Es gibt zweierlei Menschenrechte und die Unterscheidung ist angeboren. In dieser schwierigen Situation verspricht der Fundamentalismus die Antwort auf die Frage, welche Richtung das Projekt Gesellschaft und das Projekt des eigenen Lebens nehmen sollen.

Bei den einen steht das eigene Leben auf dem Spiel. Bei den anderen - den Minderheiten - geht es um die Verteidigung von Grenzwerten. "Wo die Eingangstore versperrt sind, brennen die Barrikaden" (Otto Kallscheuer). Das Konzept, solche Barrikaden zu vermeiden, muß in der Lage sein, Fremdheit als Fremdheit zu "inkorporieren". Ein solcher Versuch verlangt mehr als die systematische Toleranz eines kulturell farbenblinden Marktes. Ein solcher Versuch braucht kulturellen Eigensinn und Rückbindung - das Bewußtsein vom "Faktum des Pluralismus" (John Rawls) verschiedener ethnischer, religiöser, weltanschaulicher Gemeinschaften im modernen Gemeinwesen. Und es braucht ebenfalls eine politische Theorie, die etwas von der Ferne versteht.

Österreich hat an der Mitgliedschaft zu dieser Wertegemeinschaft vitales Interesse, zumal es historisch an deren Aufbau entscheidend mitgewirkt hat. Österreich kann im Umgang mit einem Stück Welt wesentliche Fernerfahrung einbringen. Es gibt wohl weder eine ökonomische noch eine kulturelle Alternative für Öster-

reich als die volle Integration im europäischen Einigungsprozeß.

Es wird eng, und es entsteht im außenpolitischen Verhältnis Europa zur Welt - wie angesprochen -, aber auch im innenpolitischen Sinn eine gespaltene Weltgesellschaft. Vor allem auch innerhalb nationaler Grenzen ist vieles in Bewegung geraten. Längst vergangene Phänomene treiben an die Oberfläche. Die Kategorien des Nachkriegseuropa ziehen nicht mehr. Für die zukünftige politische Ordnung liegt kein historisches Vorbild, keine schlüssige Theorie, ja nicht einmal eine plausible Vision vor. Jean Baptist Metz: "Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind Symptome einer tiefer sitzenden gesellschaftlichen Krise, die wiederum unsere gesellschaftlichen Institutionen wie Familie, Schule, Kirche, politische Parteien usw. betrifft. Dies sind schließlich immer noch die bevorzugten Tradierungs- und Lernräume unserer Gesellschaft, die Veranstaltungen gelingender und mißlingender praktischer Vernunft."

Gesellschaftliche Institutionen in der Krise

Um in Anschauung heutiger Entwicklungen Tiefenschärfe zu bekommen, muß unter die Oberfläche gegangen werden und über die tragenden Grundsätze und integrierenden Institute des Zusammenlebens nachgedacht werden. Die Säulen, auf denen unsere hoch geschätzte bürgerliche Gesellschaft aufgebaut hat, bedürfen einer Renovierung. Der Begriff "Krise" greift aber zu kurz. In die Mauern der gewohnten Tradierungs- und Lernräume sind Türstöcke geschlagen worden, die neue Schwellen markieren. Diese Offenheit birgt in sich die Chance der Emanzipation von überalteten Vorstellungen und die Erstarkung von Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit, in deren Einzugsbereich die Grundpfeiler für die "civil society" westlicher Prägung gelegt wurden.

Diese Losgelöstheit von tradierten Bindungen birgt in sich aber auch das

Risiko der "Zerrissenheit allen Sinns", die von jedem einzelnen ein gehöriges Maß an Mündigkeit und Entscheidungsfreiheit verlangt, um die Orientierung nicht zu verlieren.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des zarten Pflänzchens des aufgeklärten, vernunftbegabten Menschen sind aber denkbar ungünstig. So ist zum erstenmal die heranwachsende Jugend damit konfrontiert, daß es ihr allen Voraussagen gemäß schlechter gehen wird als ihrer Elterngeneration (Beschränkung des Wohlstandes, Zerstörung der Umwelt, Generationenkonflikt, Verzicht auf Gewohnheiten...). Diese wiederum ist von Sorge erfüllt, daß die Nachkommen nicht dasselbe Ausmaß an Optionen zur Verfügung haben, wie es bisher der Fall war.

Damit wäre bereits einer der stärker zu betonenden Aufgabenbereiche der Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert markiert. Das Prinzip Verantwortung rückt vom Rand der politischen Diskussion in die Mitte.

Die Erfahrung von Ungewißheitserlebnissen nimmt zu. Die fortschreitende Zerstörung des Gleichgewichts im Ökosystem Erde bedroht die "conditio humanae". Die Abhängigkeit des Menschen von einer lebensfähigen Umwelt ist ein wichtiger Bestandteil des gegenwärtigen politischen Geschehens. Dabei geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Umweltschutzmaßnahmen mit dem wirtschaftlichen Wachstum, sondern vor allem um die Entwicklung eines neuen Menschenbildes, das die ökologische Komponente der menschlichen Existenz berücksichtigt. Dennoch sollte die Umweltpolitik nicht nach vormodernen Mitteln der politischen Umsetzung im Sinne einer Ökodiktatur greifen, sondern Anreize für umweltbewußte Verhaltensmuster einrichten und außerdem ihre Konzentration auf den mündigen Bürger abstellen.

Die Instrumente der nationalen und internationalen Politik reichen nicht mehr aus, um die Probleme in Griff zu bekommen. Die gelehrten und studierten und eingeübten Werte geben keine Antwort auf die vielen

unbeantworteten Fragen. Dieser Zustand trägt nicht gerade zur Sicherheit bei.

Angst und Ohnmacht

Angst macht die Runde, und Angst ist ein schlechter Ratgeber. Sie ist - im Gegensatz zum Fundamentalismus - die westliche Form der Antwort auf die von Ulrich Beck diagnostizierte "Risikogesellschaft". Bertram Schneider vom Club of Rome drückt das so aus: "Die heutige Bedrohung hat kein Gesicht, der Feind sind wir selbst."

Folgende zwei Auswirkungen sind damit verbunden:

1. Die Erwartungen in die Lösungskompetenz der Politik verhalten sich verkehrt proportional zum "Bedeutungsverlust staatlicher Gestaltungs- und Durchsetzungsmacht" (Ulrich Beck). Dies ist nicht Ausdruck von Versagen, sondern Merkmal einer zunehmend autonomen und liberalen Gesellschaft einerseits sowie fortschreitende internationale Vernetzung andererseits. Dies war auch so gewollt, und es steht so geschrieben in den Entwicklungsplänen moderner Gesellschaften. Nicht gewollt bzw. voraussehbar waren internationale Entwicklungen, die den Verlust politischer Führungsfähigkeit derart verstärken, daß aus politischen Kundgebungen in vielen Fällen schon das Eingeständnis der Ohnmacht zu entnehmen ist. Ohnmacht gegenüber der ökologischen Misere und Ohnmacht gegenüber den Migrationsbewegungen und Ohnmacht gegenüber der großen Armut.

2. Individuell wie kollektiv fällt die Gewißheit, über sich und sein Territorium, das in Europa immer als Machtbasis betrachtet wurde, bestimmen zu können, der Entropie anheim. In diesem Zusammenhang erscheinen die Diskussionen über die jeweilige nationale Identität und das Bedürfnis nach Heimat in einem neuen Licht. Das Bedürfnis nach Gemeinschaftsgefühl stärkt die Bereitschaft, sich als Gruppe zu definieren. Merkmale der Kategorisierung werden gesucht. Unser kultureller Haushalt, der sich über

Jahrhunderte in der gesellschaftlichen Reproduktion festgemacht hat, stellt Bilder, Symbole, Mythen - sozialen und geistigen Kitt - zur Verfügung, auf die jederzeit zurückgegriffen werden kann. In ihrer schwächsten Form werden zur Identitätsfindung kulturelle Kategorien gefunden, in ihrer stärksten Form handelt es sich dabei um rassistische.

Angst war also nie ein guter Ratgeber. Die Politik ist gefordert, denn... "Kollektiv empfundene Angst kann zu abwegigem und selbstzerstörerischem Verhalten führen, bei dem die richtige Einschätzung der Realität verloren geht..." (Jean Delumeau, Angst im Abendland).

Das Gemeinschaftliche der Demokratie

In einer Gesellschaft, die von der Pluralität der Lebensformen und der sozialen Relativität des eigenen Bekenntnisses und Interesses gekennzeichnet ist, deren politisches Prinzip die Gegensätzlichkeit und Unvollständigkeit demokratischer Abläufe ist, kommt dem, was als "gemeinschaftlich" empfunden wird, ein besonderer Stellenwert zu. An diesem "gemeinschaftlichen" Fonds gesellschaftlicher Reflexivität hängt das Schicksal unserer Demokratie. Schon längst haben sich selbsternannte Propheten auf die Reise gemacht, die vorgeben, die einzig wahre Definition dieses "Gemeinschaftlichen" zu besitzen. Sie reden der allgemeinen Angst und dem Anomaliepotential mit Mitteln das Wort, die mit dem Selbstverständnis liberaler Demokratien im offenen Widerstreit stehen.

Umso wichtiger, umso dringlicher ist die Diskussion über jene Elemente unserer gesellschaftlichen Landschaft, die das "Gemeinschaftliche" ausmachen. Wäre nicht einmal der Vermutung nachzugehen, daß Demokratie ihr symbolisch integrierendes Kapital gerade aus dem politischen Konflikt bezieht? Ist nicht der politische Diskurs das Medium, das jenes Bewußtsein eines gemeinsam geteilten gesellschaftlichen Rahmens herausbildet? Müß-

ten wir - wenn das so ist - nicht etwas intensiver über die politische Kultur in unserem Land nachdenken?

Jean Baptist Metz hat es schon angesprochen: Hinter den Symptomen der Fremdenfeindlichkeit, der Unsicherheit, der Gewalt versteckt sich eine Krise unserer gesellschaftlichen Institutionen. Unter den Kulissen der alten Strukturen haben sich längst die Fundamente einer neuen Gesellschaft jenseits der Industriegesellschaft etabliert, für die uns die passenden Etiketten noch fehlen.

Die Welt wird zum Labor

Das gesellschaftliche Produkt des Orientierungsverleihenden Wissens und der gestaltenden Technik ist unsere moderne Welt. Wie immer wir uns in unserer Welt bewegen, wir orientieren uns an unserem Wissen, und wir vertrauen auf unsere Technik. Die moderne Welt hört in ihren dynamischen Zügen auf das Stichwort Wissenschaft und Technik.

Aber: In ihrem Mittelcharakter sind Wissenschaft und Technik sowohl zum Aufbau als auch zur Zerstörung einsetzbar. Der Berliner Soziologe Lepenies fordert, daß die Wissenschaften endlich Bescheidenheit lernen und einsehen sollten, "daß sie einen Teil der Probleme, die sie zu lösen versuchen, selbst geschaffen haben". Und Ulrich Beck spricht davon, daß die Welt zum Labor werde und sich zum Schauplatz eines Menschheitsexperiments entwickle, an dem jedermann teilnehme, für das letztlich niemand mehr verantwortlich sei".

Wissenschaftlicher Fortschritt ist ein ambivalenter Begriff geworden. Trotzdem: "Auch wenn die Feuerwehr den Brand gelegt hat, kann man zum Löschen nicht auf sie verzichten", schreibt Professor Hubert Markl, ehemaliger Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft.

In dieser Situation, in der sich die moderne Welt im Dilemma von Fortschritt und dessen Folgen einrichten muß, gibt es allerdings keine ethischen Patentrezepte, die nur noch politisch durchgesetzt werden müssen. Was

vielmehr zählt, ist die ständige Aufgabe, den wissenschaftlichen und technologischen Verstand wieder mit etwas mehr verantwortungsorientierter praktischer Vernunft zu verbinden.

Die aktuelle Diskussion um die Gentechnologie ist ein gutes Beispiel. Wir stehen vor einer biologischen Revolution, deren Langzeitfolgen noch nicht abschätzbar sind. Diese Art des menschlichen Eingriffs in die menschliche Erbmasse birgt große - wahrscheinlich unverzichtbare - Chancen in sich, stellt allerdings auch alles Lebendige in naher Zukunft zur Disposition und verändert unser gewohntes Bild des Menschen radikal.

Der wissenschaftliche Fortschritt ist unverzichtbar, wenn es darum geht, die Probleme von morgen in den Griff zu bekommen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Forschung darf aber dabei nicht zu kurz kommen.

Die Stille Revolution der Frauen

Die Geschichte der Ungleichheit der Geschlechter hat nichts an Bedeutung verloren. Bleiben wir bei der Wissenschaft, die sich selbst "Avantgardefunktion" bei der Entwicklung der Gesellschaft zuschreibt. Dort spricht man von einer "Ausgrenzungspyramide", an deren Spitze nur noch 2,8% aller Professoren Frauen sind. Es ist nicht gelungen, den Zugang zum Wissen und die Weiterentwicklung des Wissens geschlechtsneutral zu halten. Frauen werden diskriminiert.

Das betrifft nicht nur die Wissenschaften, denn die Probleme liegen tiefer. Sie liegen dort, wo wir die Ursprünge unserer modernen bürgerlichen Industriegesellschaft suchen müssen. Denn es verdankt sich weder dem Zufall noch einem angeborenen Mangel, daß ganztags arbeitende Frauen trotz einiger Verbesserungen heute immer noch nur 70% des Gehalts arbeitender Männer verdienen oder daß Frauen im Grunde noch immer nicht in Positionen mit größerem Machtvolumen vertreten sind.

Zentral für den Liberalismus bis heute ist die Unterscheidung zwi-

schen Öffentlichkeit, in deren Zentrum die Politik steht, und der Privatsphäre, die das persönliche und private Leben umfaßt. Hauptzweck dieser Unterscheidung, die unser soziales Lebensmodell heute noch bestimmt, ist seit ihren Ursprüngen im 17. Jahrhundert, die individuelle Sicherheit und Freiheit zu befördern und die Zugriffsmöglichkeiten des Staates in Grenzen zu halten. Aber wie feministische Wissenschaftlerinnen mittlerweile umfassend nachgewiesen haben, beruht die Trennung von Öffentlichkeit und Privatsphäre auf der Annahme, daß Männer in beiden gesellschaftlichen Sphären zu Hause sind, während der Wirkungskreis der Frauen auf das Familienleben beschränkt bleibt, wo sie dem Ehegatten strikt untergeordnet sind. So sind Frauen lange die maßgeblichen politischen Freiheiten und bürgerlichen Rechte vorenthalten worden.

Empirisch liegen in der bürgerlichen Gesellschaft die Wurzeln für unser heutiges System, und vieles von ihrer männlich ausgerichteten Genealogie hat sie bis heute bewahrt. So schreibt auch Reinhard Rürup: "Vor allem die Trennung von Erwerbs- und Familienleben, von Öffentlichem und Privatem, die zu einer Polarisierung der Geschlechtscharaktere führte, legte die Frauen auf ganz bestimmte, den Männern nach- und untergeordnete soziale Rollen fest, und machte dadurch die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Normensystem und ihrer sozialen Praxis überhaupt erst möglich."

In den letzten Jahrzehnten hat sich diese Aufteilung der Rollen stark verschoben. Kein gesellschaftlicher Bereich bleibt von dieser Erosion ungenommen. Allerdings haben sich diese Veränderungen nicht für alle Frauen im selben Ausmaß vollzogen. Die Zahl der jüngeren Frauen, die eine qualifizierte Ausbildung erhalten, hat mit der der Männer gleichgezogen. Die Erwartungen, gleiche Chancen im Berufsleben zu haben, werden bitter enttäuscht. Bei unaufhaltsamer Steigerung des Bildungsniveaus der Frauen, sinkt die Bereitschaft, durch Heirat in Familien einzutreten, denn es gibt einen unmittelbaren Zusammen-

hang zwischen Erwerbsbeteiligung und Bildungsniveau.

Die Heiratslust wird den Frauen auch deswegen verdorben, weil sich unter den gegenwärtigen Bedingungen berufliche Karriere und familiäre Verpflichtungen nur schwer vereinbaren lassen. Von den Männern ist eine Hilfestellung, geschweige denn eine Übernahme der Familienarbeit überhaupt, nicht zu erwarten.

Die Chancengerechtigkeit für Frauen gehört wohl zu den gravierendsten unerkannten Aufgaben der Moderne. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern sollte eines zweier gleichberechtigter Partner sein. Weil aber Menschen in unserer Gesellschaft immer noch auf Grund angeborener Eigenschaften nicht dieselben Möglichkeiten vorfinden, ist das Programm eines liberalen Humanismus, dem wir uns verpflichtet haben, noch nicht vollzogen.

Eine neue Politik

Der Ort des Politischen hat sich verschoben. Die Verantwortung als politisches Grundkonzept rückt in den Mittelpunkt der Diskussion. Das ist die große Chance der Politik, womit sie ihre Stärken ausspielen kann. Jene Grundsätze, auf denen unsere "civil society" aufbaut, müssen neu errichtet werden, um die Integrationsfähigkeit unseres Gemeinwesens zu sichern. Tradierte Sinnetzwerke, wie sie durch die Familie, die Kirche, die politische Partei repräsentiert wurden, erfüllen nicht mehr die Funktion, wie es früher der Fall war, und verlangen nach einer Thematisierung. Die Muster für individuelle und soziale Identität sind andere geworden, ohne daß dies von den politischen Institutionen ausreichend wahrgenommen worden wäre.

Die politischen Parteien sind auf der Suche nach einer neuen Rolle. Ihre organischen Verbindungen zur Gesellschaft, die sich in der Vergangenheit durch große Vorfelddorganisationen ausgezeichnet haben, sind in die Brüche gegangen. Auf der einen Seite hat dies zur Folge, daß sich die Parteien über ihren eigentlichen politischen Auftrag klar werden, auf der anderen

Seite ist aber durch diese Entwicklung die Sensibilität der politischen Parteien in der Wahrnehmung von neuen gesellschaftlichen Strömungen abhanden gekommen.

Das Verhältnis Partei-Bürger muß auf neue Beine gestellt werden. Parteien haben sich vielfach von der gesellschaftlichen Realität weg- oder vorbeientwickelt. Durch die Auflösung der Lagerkulturen und die Mobilität im Wählerverhalten ist die organische Verbindung mit der Gesellschaft eingebrochen. Erst in dieser Wechselbeziehung zwischen Politik und Bevölkerung erhalten die Bürger die Möglichkeit, ihr eigenes politisches Selbst zu artikulieren, als *citoyens* verantwortlich zu handeln.

Unser europäisches Verständnis vom Menschen wird immer getragen sein vom grundlegenden Bekenntnis zur unantastbaren Würde des Menschen und zur ethischen Verpflichtung zur Mitmenschlichkeit - so, wie es uns aus der griechisch-christlich-jüdisch geprägten europäischen Geistes-tradition überliefert ist. Die Verankerung dieses Bekenntnisses in einer neuen politischen Grammatik, die im wesentlichen auf die Wiederentdeckung der Verantwortung als politische Kategorie abzielt, ist die wesentliche Kategorie, mit der die Politik an ein neues Menschenbild herangehen sollte.

Die neue politische Grammatik, in der das veränderte Menschenbild zum Ausdruck kommt und die in wesentlichen Zügen in das neue Grundsatprogramm der Volkspartei eingeflossen ist, läßt sich in den folgenden 10 Thesen formulieren. Diese beanspruchen keine Vollständigkeit:

These 1: Der Feind sind wir selbst:

"Das Projekt der Moderne, dem wir uns mit guten Gründen verschrieben haben, steht für zweierlei, Bürgerrechte und Wohlstand, und beides für alle. Das ist eine große universelle Sicht. Zwei Drittel der Menschheit leben am Rande der Existenz, und mit dem Bevölkerungswachstum steigt nicht die Zahl der Wohlhabenden, sondern die Zahl der Hungernden. Angesichts dieser ernüchternden Realität ist

die Moderne entzaubert. Wir brauchen ein neues Zivilisationsmodell, das mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt garantiert. Wir müssen dort beginnen, wo wir etwas tun können, also im eigenen Lebensbereich, auch wenn das zunächst in einem Mißverhältnis zu dem steht, was getan werden sollte."

These 2: Die Versäumnisse nach 1989

"Alle Menschen, die in Europa leben, sollten die Chance haben, sich Europäer zu nennen. Dies ist nur dann sichergestellt, wenn die neuen Demokratien Ost-Mitteleuropas in den europäischen Gestaltungsprozeß politisch so schnell wie möglich eingebunden werden. Das ist noch nicht geschehen. Gleichberechtigung und Gemeinsamkeit müssen die Prinzipien sein, auf denen das neue größere Europa errichtet wird."

These 3:

Die "Nat-Uhr" steht auf 5 vor 12

"Das Leben schlechthin ist nicht mehr die selbstverständliche Voraussetzung all unseres Denkens und Tuns, sondern es ist selbst zu einem wichtigen Problemfeld und Zielpunkt unserer Bemühungen geworden. Wir tragen in einem täglich wachsenden Ausmaß die direkte Verantwortung dafür, wie das Leben in Zukunft aussehen wird. Diese Erkenntnis, sowie die daraus folgende ethische Verantwortung müssen daher fundamental in der Vernunft und im Gewissen aller Menschen verankert werden. Die ökologische und soziale Marktwirtschaft ist keine Utopie. Sie ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Ihre Grundregeln laufen darauf hinaus, die bisher unbezifferten Kosten in das Preisgefüge einzubeziehen, um damit zu einer Wirtschaftsweise der Nachhaltigkeit zu kommen. Wir haben keine andere Wahl."

These 4: Die Welt wird zum Labor

"Wissenschaft muß garantieren, daß der denkende und handelnde Mensch nicht seine Freiheit verliert. Denn die Freiheit ist die erste und wichtigste Voraussetzung dafür, daß er sich zu einem vernunftbegabten Wesen entwickeln kann, welches in Verantwortung seine Entscheidungen trifft. Im institutionellen Sinne möge die Wissenschaft sich wieder als ein

den Menschen klug beratendes Subjekt begreifen. Nur dann ist sie wieder, was sie nach ihrem Wesen ist: Element einer vernünftigen Welt.“

These 5:

Die stille Revolution der Frauen

“Ein neues Menschenbild muß sich verabschieden von stereotypen Rollenverteilungen. Unser heutiger Familienbegriff, an den die Politik anknüpft, muß neu definiert werden in Richtung einer stärkeren Betonung auf jene partnerschaftlichen Elemente, die ein Zusammensein von gleichberechtigten Partnern ermöglicht. Chancengerechtigkeit im Einklang mit einer fairen Aufgabenverteilung in der Familie ist ein vorrangiges politisches Ziel. Modelle und Erfahrungen haben gezeigt, daß dies vereinbar ist. Wir müssen die theoretische Basis für eine Rechtsordnung entwickeln, die die Familie als fundamentale politische Institution anerkennt und Gerechtigkeitsstandards auf das Leben in der Familie ausweitet. Die institutionellen Voraussetzungen dafür müssen geschaffen werden.“

These 6: Blut oder neue Heimat

“Die Frage nach dem Fremden und der Fremdenpolitik hat längst Weltdimension angenommen. Nicht regionale, sondern globale Migrationen sind das künftige Problem. Der freiheits- und gerechtigkeitssuchende Universalismus der Aufklärung war nur in ihrem Pathos universal, er ist in der konkreten Durchführung bis heute partikular geblieben. Gleichwohl begründet er eine neue politische Kultur, die auf die Anerkennung der subjekthaften Freiheit und Würde aller Menschen zielt. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt darf diesen in den europäischen Traditionen entwickelten Universalismus der Menschenrechte nicht preisgeben. Menschen brauchen lokale Identitäten und Loyalitäten, um leben und handeln zu können. Die Formulierung von kollektiven Identitäten muß in Anlehnung an das eben Gesagte von dem Gedanken der Toleranz und Offenheit geprägt sein. Nur die Sicherheit und Überzeugtheit im Verständnis von Heimat und das Gefühl der Überschaubarkeit und Geborgenheit in einem verinner-

lichten Zuhause macht die Menschen im individuellen Nebeneinander zu Fremden freundlich und gelassen.“

These 7: Orientierungsnot in einer atomisierten Gesellschaft

“Eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten Zeit ist die unübersehbare Veränderung der Einstellung des Menschen zu sich selbst: Die Individualisierung in allen Lebensbereichen. In einer Gesellschaft, die von der Pluralität der Lebensformen und der sozialen Relativität des eigenen Bekenntnisses und Interesses und der Gegensätzlichkeit von demokratischen Abläufen gekennzeichnet ist, mehr noch, die gegenwärtig von Entsolidarisierungstendenzen geplagt wird, kommt dem, was als gemeinschaftlich empfunden wird, ein besonderer Stellenwert zu. Die Solidarität ist ein knappes Gut. Sie sollte nicht verstaatlicht werden. Neue Formen der Organisation unseres Sozialsystems, die sich am Prinzip der Nachbarschaftlichkeit und Persönlichkeit orientieren, und eine neue demokratische Kultur, die als politischer Diskurs einen gemeinsam geteilten gesellschaftlichen Rahmen herausbildet, sollen die Integration zwischen Gemeinschaft und individuellem Bürger wiederherstellen.“

These 8: Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität

“Auf der einen Seite bietet ein sich verbreitender Fundamentalismus in Fragen des Sinns seine Dienste an. Auf der anderen Seite spricht man von “Orientierungswaisen“ und einer größer gewordenen Gewaltbereitschaft der Jugendlichen. Es ist unpopulär, trotzdem: Wir brauchen neue Autoritäten. Oft rutschte die gutgemeinte “repressionsfreie Erziehung“ ab in ein prinzipien- und gestaltloses gleichgültiges Leben-und-leben-lassen. Nicht die autoritäre Erziehung unsehligen Angedenkens, die in der Tat Akten der Dressur und der Brechung von Kindern gleichkam. Nein. Sondern: Claus Leggewie: “Autorität ist weder Macht noch Zwang. Autorität schließt den Gebrauch von Zwang aus, und wo sie Gewalt braucht, hat sie schon versagt.“ Weder in der Familie noch im öffentlichen Raum sind Autorität und Freiheit Gegensätze; Ziel

der Autorität ist Sicherung, nicht Abschaffung der Freiheit. Wir Eltern und Erzieher müssen nachsitzen, weil wir einen Plan haben müssen, was für unsere Kinder gut, notwendig und wichtig ist, wie sie sich in der veränderten Welt zurecht finden sollen.“

These 9: Die Denker danken ab

“...aber die Bildung wird immer wichtiger. Hinter den Lehrplänen unserer Schulen verstecken sich die Baupläne unserer Gesellschaft. Werden unseren jungen Menschen in den Schulen wirklich jenes Wissen und jene Fähigkeiten mitgegeben, die sie zur Bewältigung der Zukunft brauchen? Oder findet nicht eine Überfrachtung statt, die das Wesentliche außer acht läßt und die sich in kiloschweren Schulbüchern und teuren Nachhilfestunden manifestiert? In einer Zeit, in der traditionelle Bindungen und geschlossene Lebenskonzepte immer seltener werden, wird die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen im Prozeß des Heranwachsens zu einem mündigen Bürger immer wichtiger. Ohne zentrale Reformen in unserem Bildungssystem können wir dieser Entwicklung nicht Rechnung tragen. Dabei geht es um ein neues Gleichgewicht zwischen Freiheit und Qualität.“

These 10:

Auf der Schwelle in eine neue Zeit

“Die personalen und sozialen Dimensionen des Menschenbildes erfahren tektonische Verrückungen. Das Verhältnis zwischen Weltoffenheit und Umweltgebundenheit hat sich verschoben. Der Lebenslauf ist etwas aus dem Rhythmus geraten. Nach Kriterien für den Umgang mit den neuen Phänomenen unserer Zeit wird noch gesucht. Freiheit und Verantwortung müssen in einen neuen Zusammenhang gebracht werden. Das allgemeine Unbehagen muß in einen Kanon von Überzeugungen transformiert werden, die das Bild der Menschen von der Wirklichkeit und von ihrem Platz in ihr greifbar werden lassen, das ihrem Leben die Richtung gibt.“

Mag. Boris Marte, Nc, arbeitet im Büro von Bundesminister Busek und ist Mitarbeiter der ÖVP.

Clunias James Bond: Dr. Oswald Peterlunger

Orson Welles wird gerade als "Der Dritte Mann" durch die Kanalisation des besetzten und geteilten Nachkriegs-Wien gejagt, als er an die Spitze der Staatspolizei des Spionagezentrums Wiens tritt: Der Clunier Dr. Oswald Peterlunger, Österreichs legendärster STAPO-Chef.

"Er ist in den letzten 20 Jahren zehnmal gestorben, aber immer wieder auferstanden", loben seine Freunde zweischneidig "Österreichs Staatspolizisten Nr. 1", Dr. Oswald Peterlunger. Und seine Feinde fügen ebenso zweischneidig hinzu: "Weil er einfach viel zu viel weiß." Ob dieses Wissen die dunklen Machenschaften feindlicher Agenten oder eher die Pantsherln von Politikern betrifft, weiß niemand. - So leitete 1972 das Nachrichtenmagazin profil eine 21-seitige Titelstory über den damaligen Generaldirektor für öffentliche Sicherheit ein (1). Die STAPO war zu jeder Zeit eine Story wert. Genug Geheimnisse, Gerüchte und auch Vorwürfe rankten sich seit jeher um jene Gruppe, von der nicht ganz klar ist, ob es sich um hochqualifizierte Beamte, die die Demokratie schützen, oder kleinkarierte Schnüffler, die die Bürger bespitzeln, handelt. Drei Jahrzehnte lang stand Dr. Oswald Peterlunger im Zentrum dieser Anerkennung wie auch des Zornes von Linken, Rechten und Politikern.

Oswald Peterlunger wurde am 27.2.1909 in Tannheim im Lechtal (Tirol) geboren. Zunächst besuchte er für zwei Jahre das Vinzentinum in Brixen, doch "die leidigen Italiener vertrieben ihn". (2) So kam Peterlunger nach Bregenz, wo er von 1921 bis 1925 das Privatgymnasium Mehrerau besuchte, anschließend besuchte er drei Jahre

das Bundesgymnasium Feldkirch, wo er 1928 maturierte. In dieser Zeit stieß Oswald Peterlunger auch zur Clunia, wo bereits sein Bruder Hermann Peterlunger v. Pipifax 1924 aufgenommen, 1925 gebrandert und geburscht worden war. Hermann maturierte bereits 1925, studierte dann in Innsbruck und wirkte später als Arzt in Tannheim. Sein jüngerer Bruder Oswald wurde am 11. November 1925 mit dem Kneipnamen Schmäzle bei Clunia rezipiert und am 7. Juli 1926 geburscht. In den folgenden Semestern war er Fuchsmajor, Keilkommissär (Consenior 2) und Entlastungskommissär. Über beide Peterlunger-Brüder berichtet das Personalienbuch, daß sie ausgezeichnete Sänger waren.

Oswald, der am 19.6.1929 philistriert wurde, begann nach seiner Matura in Innsbruck Rechtswissenschaften zu studieren. Dort trat er mit dem Couleurnamen Ossi der AKV Tirolia bei, wo er im Wintersemester 1930/31 Senior war. Am 12. November 1933 wurde Oswald Peterlunger "Sachwalter an der Universität Innsbruck". Als solcher wurde ihm die Wahrnehmung und Vertretung aller vaterländischen, kulturellen, sozialen, fachlichen und sonstigen Interessen an der Universität zuteil. "Peterlunger war als Sachwalter Vertrauensmann Schuschniggs und dessen Ministeriums. Seine Stellung war nahezu unantastbar. Persönlich integer und absolut loyal, erfüllte

er seine Aufgabe, nationalsozialistischen Umtrieben an der Universität Innsbruck zu begegnen, voll. Hierbei schonte der 'Tirole' weder Studenten noch Professoren. So meldete Peterlunger im Februar 1934 Schuschnigg, daß (mehrere) Professoren einen unversorgten Ruhestand verdienen. Sie waren in seinen Augen offen oder verkappt nationalsozialistisch eingestellt." (3) Eine demokratische Einrichtung sollte es seiner Meinung nach an der Universität nicht mehr geben, vielmehr eine autoritär geführte Sachwalterschaft.

Im Frühjahr 1934 trat Peterlunger freiwillig aus der Tätigkeit zurück und trat bei der Polizeidirektion Innsbruck in den Staatsdienst. Nach mehrjähriger Tätigkeit bei der STAPO übersiedelte er 1937 nach Wien in die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit. Die Nationalsozialisten versetzten ihn 1939 in den frühen Ruhestand. Mit der Befreiung Österreichs endete auch das unfreiwillige Rentnerdasein: Er wurde Leiter der Staatspolizei in der Sicherheitsdirektion Tirol, wenig später in der Bundespolizeidirektion Innsbruck. Mitte März 1946 zog er wieder nach Wien: als Stellvertreter des Leiters der staatspolizeilichen Abteilung des Innenministeriums. Seine Berufung war ein Wunsch des SP-Innenministers Oskar Helmer - gegen heftige Bedenken der Genossen, die wußten, daß Peterlunger 1934 als junger Polizist mit "drakonischer Härte" (profil) Schutzbündler verfolgt hatte. Der Karriere Dr. Oswald Peterlungers konnte das keinen Abbruch tun: Im September 1947 wurde er Leiter der Wiener Staatspolizei, 1966 Leiter der Gruppe "Staatspolizeilicher Dienst", 1967 Chef der Sektion III im Innenministerium (gesamte staatspolizeiliche Agenden) und 1969 Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, was er bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1975 blieb. "Dennoch, 'und gerade deshalb, weil ich nur kurze Zeit wirklich Staatspolizei-Chef war' (1966) wehrt sich der Mann mit dem gütigen Beamteugesicht gegen die Bezeichnung 'Österreichs Staatspolizist Nummer 1' (Kurier) - obschon es keinen in der Zweiten Republik gibt, auf den dieses Prädikat trefflicher paßte." (4)

Doch die Geschichte des Staatspolizisten hört sich zum Teil wie ein Spionage-Thriller à la James Bond an. Aufregend war schon seine geradezu putschmäßige Übernahme der Spitze der Wiener Staatspolizei. Sein Vorgänger, Heinrich Dürmayer, war Kommunist sowie sich ein großer Teil der Po-

kommt, um mir mitzuteilen, daß ich nach Salzburg versetzt werde und daß ich meinem Nachfolger Dr. Peterlunger alles zu übergeben habe. ... Ich war auf der [sowjetischen] Kommandantur und hab dort ruhig abgewartet, habe der Dinge geharrt, die da kommen. Dann hat mein Sekretär den Schlüssel vom Tresor übergeben, zu dem nur der Chef Zugang hat, wo die höchsten Geheimakten drinliegen - 'eyes only', wie die Amerikaner sagen. Und siehe da, man hat den Tresor geöffnet, und es waren zwei leere Aktendeckel drinnen. Der Peterlunger hat mich nachher oft gefragt, wie ich das gemacht habe. ... Die Akten blieben verschwunden - bis heute." (6)

Peterlungers Aufgabe in der STAPO war klar. Er und Polizeipräsident "Joschi" Holaubek hatten die Wiener Polizei von Gestapo-Gedankengut und Kommunisten zu reinigen. Gleich am 2. September 1947 startete er eine kleine Vernichtungsaktion: Alle Stempel mit dem Kopf "Geheime Staatspolizei" mußten ins Feuer. Gegen Gestapo-Gedankengut mußte der Tiroler nicht ankämpfen - das hatten die sowjetischen Besatzer bereits durch kommunistisches ersetzt. Im Büro der STAPO fand Oswald Peterlunger vier Gruppen von Staatspolizisten: allesamt geeichte Kommunisten. Er bildete eine "Gruppe 5" aus auf ihre demokratische Gesinnung überprüften Kriminalbeamten, die er mit Hilfe Holaubeks aus Wiener Polizeikommissariaten vorsichtig abzog. Diese Gruppe hatte in erster Linie die Aufgabe, die kommunistischen STAPO-Gruppen zu bespitzeln und herauszufinden, was die kommunistische Polizei und die von den Sowjets gestützte KPÖ trieben. Als er im Jänner 1949 von V-Männern von einem bevorstehenden Protestmarsch organisierter USIA-Rabauken erfuhr, die überhöhte Kartoffelpreise zum Anlaß nehmen wollten, in Wien Krawalle zu inszenieren, schickte er seine STAPO-Männer aus, alle Kartoffelhändler Wiens in sein Büro einzuladen. Peterlungers Vorschlag: Die Polizei würde Lastwagen zur Verfügung stellen, um am Morgen vor der geplanten KP-Aktion die Märkte mit Kartoffeln zu überschwemmen. Bedingung:

Die Erdäpfel müssen zu einem Dumpingpreis angeboten werden. Die Gemüsehändler begriffen: An dem von den KP-Organisatoren gewählten Aufmarschtag boten Wiens Lebensmittelgeschäfte Kartoffel zum Sensationspreis von 84 Groschen pro Kilo an. Die USIA-Hungerkrawalle mußten abgesagt werden. Was die Wiener nie erfuhren: Sie bereiteten in den folgenden Tagen ihre Speisen aus Futterkartoffeln zu. (7)

Im Oktober 1950 erwarb Peterlungers STAPO ein Verdienst, das in die Geschichtsbücher eingegangen ist: sie ermöglichte die Niederschlagung des Kommunisten-Putsches. Schon Tage vor dem Putschversuch hatten die STAPO-Männer jenen "Geheimplan 3" der damaligen KP-Führung ausgekundschaftet, in dem die Übernahme der Macht durch die Kommunisten in allen Einzelheiten programmiert war. Es war mit Oswald Peterlungers Verdienst, daß die Sowjets ihren kommunistischen Rollkommandos die Hilfe versagen mußten, schließlich standen auch die anderen Alliierten bereit. Es war auch Peterlungers Verdienst, daß sich Österreich gegen jenes Schicksal wehren konnte, dem zu entrinnen der Tschechoslowakei oder Ungarn nicht möglich war. So rechtfertigte er auch 1972 gegenüber dem profil die Aufgaben einer Staatspolizei: "Daß Sie heute mit mir sprechen können. Und daß Sie schreiben können, ohne daß Ihnen vorgeschrieben wird, was Sie schreiben müssen." (8)

Und dennoch war auch zu Peterlungers Zeit die STAPO keineswegs unumstritten, viel Negatives sickerte schon damals an die Öffentlichkeit. Der Grund - wie könnte es anders sein: Spitzelakten. 500.000 von der Gestapo übernommene Gauakte und mehr als 50.000 neue Spitzelakte über österreichische Bürger wurden 1964 vom damaligen Innenminister Olah der Öffentlichkeit präsentiert. Besonders prekär: Auch Politiker waren nicht verschont geblieben. Eine Mitteilung im richtigen Parteisekretariat deponiert, hätte die Karriere dieses Mannes stoppen können. Peterlunger - wegen seines hohen Zigarettenkonsums auch mit dem Spitznamen Lungenpeter be-



profil 1972: "Peterlungers Staatspolizei"

lizier überhaupt aus Kommunisten zusammensetzte. Nachdem die Kommunisten in Ungarn durch die Staatspolizei an die Macht gekommen waren, entschloß sich Innenminister Helmer, Dürmayer zu entmachten, denn "die Staatspolizei war förmlich ein kommunistischer Staat im Staate geworden" (5). Das war nicht ungefährlich, da die Sowjets dies als Provokation und als Schlag gegen ihre Interessen empfinden konnten. Dennoch wurde Dürmayernach Salzburg versetzt. Helmer ernannte den legendären Josef Holaubek zum Wiener Polizeipräsidenten, Dr. Oswald Peterlunger wurde Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung. "Als Peterlunger Heinrich Dürmayers Tresor öffnet, erwartet ihn eine Überraschung - der Tresor ist leer. Dazu Dürmayer heute: 'Ich wär' ein schlechter Chef der Staatspolizei gewesen, wenn ich nicht gewußt hätte, was mir am nächsten Tag blüht, daß nämlich der Minister Helmer zu mir

dacht - erachtete dies freilich als unmöglich. Und die Anlage von Akten war auch leicht erklärt: Die Staatspolizei verdächtigt auf Vorschuß. Und ein einmal angelegter Akt kommt eben in die Aktenablage.

Daß nicht alle Geheimnisse der STAPO so geheim blieben, wie sie sollten, dafür sorgten Spionagefälle, vor denen auch Oswald Peterlunger nicht verschont blieb: "Der Dritte Mann" war nicht nur eine Filmstory, in Wien trafen auch die echten Agenten des Kalten Krieges aufeinander. 1968 wurde der Ex-Staatspolizist, Privatdetektiv und Peterlunger-Freund Johann Ableitinger, der Namen tschechischer Flüchtlinge an den deutschen Bundesnachrichtendienst verkauft hatte, der auf diese Weise Tschechen als Spione anheuerte, festgenommen. Und auch sonst gehörten die Kontakte mit ausländischen Geheimdiensten, die sich in Wien gemütlich eingerichtet hatte, zur Arbeit Peterlungers dazu. Österreichs James Bond nannte dieses "Mithorchen-dürfen" die "Kompensationsgeschäfte": "Unsere STAPO vertritt Geheimnisse an gleichartige Nachrichtendienste des Auslandes, wenn diese Dienste den Österreichern andere Nachrichten zum Tausch anbieten. Wir brauchen in vielen Fällen die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten." So ist es auch nicht verwunderlich, daß 1988 bekannt wurde, daß der in Belgien wegen Massenmordes zum Tod verurteilte ehemalige Nazi-Verbrecher und spätere US-Geheimdienstagent Robert Jan Verbelen als "Vertrauter" des STAPO-Chefs Peterlunger "Zundgeber" gewesen sei. (9)

Über eines waren sich Politiker aller Parteien einig: Was Peterlunger für richtig hielt, hielten auch sämtliche Innenminister beider Couleurs für richtig: Über die Gründe waren sich Peterlunger-Anhänger und -Gegner durchausgeglichen: "Er weiß zu viel." Ein Ministerialrat: "Es geht eigentlich nicht darum, daß er viel weiß. Es geht darum, daß niemand weiß, was er alles weiß." Peterlunger hatte sich im Laufe seiner Tätigkeit offenbar mehr Geheimwissen angesammelt, als so manchem lieb war. "Man wird den

Eindruck nicht los, daß der Peterlunger irgendwo zwei ganz geheime Zimmerchen hat, wo er ganz besondere Akten sammelt." James Bond läßt grüßen. Peterlunger dazu: "Es ist in die Staatspolizei so oft vieles hineingeheimnist worden, wo es gar nichts Geheimnisvolles gab." (10) Peterlunger selbst dürfte jedoch durchaus geheimnisvoll gewesen sein. Wie seine Bekannten bestätigten, mißtraute er jedem, sogar sich selbst. Der Mann, der zuviel wußte, fühlte sich, wo immer er war, bespitzelt, weil er gewöhnt war, zu bespitzeln. Daher soll sein Umgang mit Menschen vorsichtig, kontaktarm und von unbeteiligter amtlicher Höflichkeit gewesen sein. Trotz aller Spitzelaffären blieb an Peterlunger nichts hängen, er überlebte nicht weniger als sieben - rote und schwarze - Innenminister.

Doch Oswald Peterlungers Verdienste waren noch vielfältiger: Wenn alle Staatsbesuche der Nachkriegszeit ohne jeden Zwischenfall verliefen, so war das auch Peterlungers Verdienst. Wenn es bei Aufmärschen und Demonstrationen kaum zu Ausschreitungen kam, war dies Peterlungers "österreichischer Methode" zu verdanken: Vor Demonstrationen unterhielt er sich mit den Organisatoren der Aufmärsche. Er plante mit ihnen die Einzelheiten der Demonstration und nahm ihnen ihr Ehrenwort ab, wenn sie sagten, daß sie seine Anordnungen befolgen würden - dafür erlaubte er ihnen, da und dort Sitzstreiks und Pfeifkonzerte einzuplanen. Peterlunger wurde immer handelseins. Sein Motto war: "Die gelindeste Waffe ist das Wort." Ein einziges Mal versagte seine Absprachenmethode: Im April 1965 starb bei einer Demonstration gegen den rechtsextremen Hochschulprofessor Dr. Taras Borodajkewycz in einer Straßenschlacht der Pensionist Ernst Kirchwegger. (11)

Als James Bond gebärdete sich Peterlunger selbst nie, aber er erfand den sogenannten Peterlunger-Quiz: Über Funk rief Österreichs oberster Sicherheits-Chef unverhofft einen durch Wien schleichenden Einsatzwagen und ließ sich den Standort melden. "Und wenn wir dann zum Bei-

spiel gerade beim Rathaus vorbeikommen", erzählt ein Staatspolizist, "dann fragt Peterlunger: Wer war der Erbauer des Rathauses?" Als Antwort erwartete er nicht Wissen, sondern Gehorsam. "Am liebsten ist es ihm, wenn wir melden: Ist im Wagen unbekannt - wird aber von der Besatzung sofort festgestellt werden." (12)

profil beendete seine Geschichte mit folgenden Worten über Oswald Peterlunger: "Der Mann, der so viel weiß, daß er, 'obwohl er in den letzten zwanzig Jahren zehnmal starb, immer wieder auferstanden ist' (so ein hoher Kanzleramts-Beamte), der alle politischen Wendungen in unserem Land durchstand, der sein oft angekratztes Image jedesmal wieder aufpolieren konnte und der sich immer gegen die Bezeichnung 'Staatspolizist Nr. 1' wehrte, ist immer noch 'Staatspolizist Nr. 1'. Er ist sogar mehr: Er ist Österreichs Staatspolizei." (13)

Am 31. Dezember 1975 ging Oswald Peterlunger als Generaldirektor für öffentliche Sicherheit in Pension - eine Ära zu Ende. Sein Nachfolger wurde Robert Danzinger. Bezeichnenderweise waren zwei Wochen vor seiner Pensionierung wieder einmal "Spitzelakten" Thema der tagespolitischen Auseinandersetzung. Am 2. Dezember 1985 starb mit Dr. Oswald Peterlunger v. Schmätzle jener Clunier, der wohl die Zweite Republik wie kein anderer Clunier beeinflusste. Und bis heute weiß niemand, was er wirklich alles wußte...

Robert Kert

- (1) Peterlungers Staatspolizei, profil Nr. 12/1972, 27.10.1972, S. 3
- (2) Personalienbuch der Clunia
- (3) Gehler, Michael: Studenten und Politik, Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938, Innsbruck, 1990, S. 323
- (4) profil Nr. 12/1972, S. 31
- (5) Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien, 1957, S. 237
- (6) Portisch, Hugo: Österreich II, Der lange Weg zur Freiheit, Wien, 1986, S. 314
- (7) profil Nr. 12/1972, S. 32
- (8) profil Nr. 12/1972, S. 32
- (9) Die Presse, 17. Juni 1988
- (10) profil Nr. 12/1972, S. 38
- (11) profil Nr. 12/1972, S. 44f.
- (12) profil Nr. 12/1972, S. 52
- (13) profil Nr. 12/1972, S. 53

"Nestor der Avantgarde-Literatur"

Am 31. März wurde Max Riccabona 80. Als Sproß einer Tiroler Adelsfamilie 1915 in Feldkirch geboren, studierte Max von Riccabona zunächst Rechtswissenschaften in Graz und

wird, wurden unter dem Titel "Auf dem Nebengeleise. Erinnerungen und Ausflüchte" (Haymon-Verlag) seine KZ-Manuskripte publiziert. Bearbeitet hat sie die junge Literatin und Studentin Petra Nachbaur (Tochter von Manfred Nachbaur, CLF, Le). - Die Fan-Gemeinde zelebriert beinahe jedes biographische Detail des greisen,

Wien war er bei "Marco-Danubia" verkehrtsaktiv. Bekennender CVer ist er geblieben. Noch weniger bekannt ist, daß der 17jährige Feldkircher Gymnasiast, der im Spätsommer 1932 mit seinem Vorbild James Joyce in der "Löwenschwemme" (verewigt in "Finnegans Wake") soff und zechte, Brandfuchs der "Clunia" war - mit dem treffenden Kneipnamen "Schwefel". Im September 1933 mußte er auf Geheiß seines liberalen Vaters aus der katholischen Verbindung austreten, wie er einmal zu fortgeschrittener Stunde in Schloß Hofen erzählte. Als Beitrag zum 80. Geburtstag Max Riccabonas drucken wir in verkleinertem Faksimile seine Autobiographie in "Clunias" Personalienbuch ab. Kein Autograph zwar, aber unverkennbar ein echter Riccabona.

PER sonalia

Wien und anschließend an der Wiener Konsularakademie. Für den Vatikan und den englischen Geheimdienst arbeitete er gegen den Nationalsozialismus. Als Kurier der monarchistischen Widerstandsbewegung lernte Max in Paris Joseph Roth kennen. Sein Umgang mit Roth und Otto Habsburg, TEW, TAV, brachte ihn ins KZ Dachau. 1945 wurde Riccabona - auch wegen seiner guten Beziehungen zum Armeeminister de Gaulles - an die Spitze der Landesgruppe Vorarlberg der "Österreichischen demokratischen Freiheitsbewegung" gewählt. Seinen Lebensunterhalt verdiente er als Rechtsanwalt in Feldkirch. 1957 begann Max Riccabona sein "unvollendetes Kunst-Lebens-Werk" der bizarren Tragikommödie des Dr. von Halbgreyffer, die 1980 auszugsweise im Rhombus-Verlag erschien. Bis vor zwei Jahren blieb dies neben verstreuten Beiträgen in Kultur- und Literaturzeitschriften die einzige Veröffentlichung. 1993 gaben Wilhelm Meusburger und Helmut Swozilek, KBB, AIn, unter dem Titel "Poetastrophien" im Haymon-Verlag eine Auswahl von Typoskripten heraus. Im Landesmuseum und 1994 im Wiener Literaturhaus wurde der "Nestor der österreichischen Avantgarde-Literatur" (profil) mit einer Ausstellung von Collagen des "literarischen Maskenkünstlers aus Vorarlberg" (Presse) gefeiert. 1991 war ihm als erstem der Ehrenpreis des Vorarlberger Buchhandels zugesprochen worden. Genau zum 80. Geburtstag des "Literatur-Experimentators" (Standard), der in Oberlochau gepflegt

kauzigen Poeten. So gut wie nie die Rede ist vom katholischen Farbstudenten Riccabona. 1934 trat Max der Grazer CV-Verbindung "Traungau" bei, in

Riccabona Max

~ Schwefel.

Während im Jahre 1915 die Kanonen der sogenannten Kulturstaatler ihre schauerlichen Todesexplosionen knüllten und die ganze Welt mit einem Kopf von Eisen überschnitten und die geistigen Kanonen die Zeitungen, damals die Gegner mit Hüfeln von Dreck übergossen, wurde ich, Max Riccabona hier in Feldkirch geboren am 31. März. Ich verbrachte die Zeit bis zu meinem Volksschulbesuche in Ruhe und Beschaulichkeit und es kamen nur drei Ereignisse vor; daß ich die ersten Hosen bekam, daß ich schon großartig gerben konnte und daß sich mein literarischstes Talent entwickelte das Schwefeln. Im Jahre 1924 richtete ich beim A.B.C. Schützenverein meines Vaterstoch ein, wo ich bis zum Jahre 1926 verblieb. Es war allda blöd, fad und eckelhaft. Im Herbst 1926 kam ich in einen finsternen Keller, den man allfries mit dem Namen "Kath. Bundesgymnasium" bezeichnet. Hier schauderte ich 4 lange lange lange Jahre! Erst in der 5. wurde mir das erträglich. Am 21. April 1932 hat ich als Konkursant in die h. d. Verbindung "Clunia" ein und abgesteuert. Lebe, wachse und gedeihe auch weiterhin meine lb. Clunia!
Besteht die Brandungsprüfung zum maxima laude am 18. V. 1932.

Nestor des VMCV, MKV und ÖCV gestorben

Am 14. Jänner wurde in Wolfurt Dr. iur. August Fischer (geb. 1898) mit studentischen Ehren zu Grabe getragen, der Nestor des VMCV, MKV und ÖCV. Am 29. September 1914 war August Fischer bei der noch geheimen "Kustersberg" rezipiert worden, die während des Weltkriegs im elterlichen "Lamm" in Wolfurt vor den Augen der Professoren Zuflucht suchte und fand. Im November 1918 wurde August Fischer zum Doctor cerevisiae promoviert. Im selben Semester trat er in Innsbruck auch der CV-Verbindung "Austria" bei. Zeitlebens blieb er ein begeisterter Farbstudent. Im CLU 3/1984 berichtete er ausführlich über "Kustersberg im Wandel der Zeit". Fiducit!

Bischofsjubiläum

Alt-Bischof Bruno Wechner, KBB, AIn, R-D, feierte am 12. März das 40-Jahr-Jubiläum seiner Bischofsweihe. 1908 wurde der Jubilar in Götzis geboren. Er besuchte das Gymnasium in Bregenz (trat 1924 "Kustersberg" bei) und studierte Theologie (Dr. theol.) in Innsbruck, wo er 1933 auch zum Priester geweiht wurde. 1938 bis 1954 war er im bischöflichen Ordinariat in Innsbruck Mitarbeiter von Bischof Paulus Rusch und Provikar Carl Lampert aus Göfis, der 1944 von den Nazis hingerichtet wurde. Mit Jahresbeginn 1955 wurde Bruno Wechner als Nachfolger von Bischof Franz Tschann (1872-1956, FS "Alemannia" Bludenz) zum elften Generalvikar für Vorarlberg ernannt

und am 11. Dezember 1968, mit der Errichtung der Diözese Feldkirch, zum ersten Diözesanbischof. Die Innsbrucker CV-Verbindungen "Austria" (1955) und "Reno-Danubia" (1962) verliehen

dem Kustersberger die Ehrenmitgliedschaft. 1989 nahm Papst Johannes Paul II. sein Rücktrittsgesuch an. Bischof Bruno verbringt seinen Lebensabend in Feldkirch.

Lieber Robert, lieber Kartellbruder!

Zunächst darf ich Euch zu Eurer hervorragend gestalteten und informativen Zeitschrift gratulieren und bitte um Zusendung an mich.

Weiters hätte ich noch eine Stellungnahme zu Deinem Leitartikel:

Fächer wie Medizin, Jus oder BWL sind überlaufen, die Drop-Out-Rate (Anteil der Studienabbrecher) liegt bei über 50 Prozent, die durchschnittlichen Studiendauern liegen im europäischen Spitzenfeld. Gerade in diesem Bereich liegt auch das Einsparungspotential im Wissenschaftsbe-

LESER *brieife*

Gerne schließe ich mich Deiner Analyse über die österreichische Bildungslandschaft an und darf noch einige Gedanken anführen. - Es fehlt an den österreichischen Schulen nicht nur an Raum und zum Teil Personal, sondern auch an weiterführenden Perspektiven der Schüler. Unterrichtsgegenstände wie politische Bildung und Informationen zur beruflichen Weiterbildung werden - wenn überhaupt - nur im Rahmen von Freifächern angeboten. Die Berufsberatung an den Schulen läßt meist stark zu wünschen übrig, sodaß die Universitäten von Erstsemestrigen voll sind, die weder klare Vorstellungen über ihr Studium noch über ihre späteren Berufsaussichten besitzen. Die Folge: Gesellschaftlich "anerkannte"

reich, und nicht in einem kurzfristigen Aufnahmestopp, der den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen vorübergehend über 700 unbesetzte Stellen, Institute mit einem Professor, aber durch den Aufnahmestopp bedingt keinen Assistenten und kein Sekretariatspersonal beschert. Wenn man die durch den Aufnahmestopp zwangsläufig resultierenden Studienverzögerungen allein auf die 100.000 familienbeihilfebeziehenden Studierenden umrechnet, dürften die Einsparungen durch den Aufnahmestopp höchstens minimal sein.

*Gerhard Mathis v. Smily, Vi
ÖH Uni Innsbruck -
Öffentlichkeitsarbeit*



Zeitschrift der KMV CLUNIA
Zeitschrift für den VMCV
Zeitschrift zur Erforschung der
farbstudentischen Geschichte Vorarlbergs

**Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger:** Katholische Mittelschulverbindung Clunia Feldkirch.

Grundsätzliche Blattlinie: Die Blattlinie orientiert sich an den Prinzipien Religion, Vaterland, Wissenschaft und Lebensfreundschaft (lt. Verbindungssatzungen). Der CLUnier ergeht an die Mitglieder Clunias und der anderen katholischen Verbindungen Vorarlbergs sowie an befreundete Verbindungen.

Chefredakteur: Mag. Robert Kert
Geschäftsführung: Elmar Huber
Redaktionsmitglieder: Karin Dirschmied, Nora Kerschbaumer, Philipp Längle, Emanuel Lampert, Mag. Stefan Tiefenthaler

Fotos: Karin Dirschmied, Robert Kert, Arno Meusburger, Stefan Tiefenthaler
Anschrift der Redaktion: Der CLUnier, z.H. Robert Kert, Siegelgasse 6/11, 1030 Wien, Tel. 0222/7124550.

Auflage: 2.800 Stück

Bankverbindung: Sparkasse Innsbruck-Hall, Kto.Nr. 74.419.

Druck: Steiger-Druck, Axams.

Beiträge im CLUnier, die namentlich gekennzeichnet sind, müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**All you need
is Lampert.
Kein od'r.**

